

Wöchentlich 50 Pf., monatlich 1,50 M., im Voraus zahlbar. Postbezugs 4,32 M., einschließlich 40 Pf. Postgebühren- und 75 Pf. Postbeschlussgebühren. Auslandabonnemente 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertage einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, ferner „Frauenstimme“, „Technik“, „Blitz in die Wälder“, „Jugend-Vorwärts“ und „Stadtblätter“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konprellzelle 80 Pfennig, Restanteile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des abgedruckten Wortes 25 Pfennig (zwei gefaltete Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengeluche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme hauptsächlich 443/1 Lindenstraße 2, wochentags von 9 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Köhlfeld 202-207 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Tel. S. u. Ditt.-Bef., Depofizient, Jerusalemstr. 65/66.

Billige Wohnheimstätten!

Ein Gesehentwurf der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratische Partei hat im Reichstag den Entwurf eines Wohnheimstättengesetzes eingebracht. Damit setzt sie ihre Bestrebungen zur Schaffung menschenwürdiger Wohnverhältnisse für die breiten Schichten des Volkes in einem Augenblick fort, in dem die soziale Wohnbaulage durch die beabsichtigte Kürzung der Hauszinssteuermittel gefährdet wird. Gegenüber diesen Angriffen auf eine moderne, den berechtigten Forderungen der breiten Massen entsprechende Wohnungspolitik muß mit dem stärksten Nachdruck an die Zusicherungen erinnert werden, die die Reichsverfassung in ihrem Artikel 155 macht. Dort heißt es:

„Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen in einer Weise überwacht, die Mißbrauch verhütet und dem Ziele zutreibt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den Kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte zu sichern.“

Wenn diese Zusicherung nicht ein leeres Versprechen bleiben soll, muß endlich mit ihrer Verwirklichung Ernst gemacht werden. Den Weg dazu zeigt der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachte Gesehentwurf, dessen wichtigste Bestimmungen im folgenden kurz erläutert werden sollen.

Der Gesehentwurf gibt den Gemeinden als den Stellen, die die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung am besten übersehen, die erweiterten Rechte für ihre sozialen Wohnbaubestrebungen. Diese Bemühungen sind darauf gerichtet, Grundbesitz zu erschwinglichen Preisen zu erlangen, weil erst dann der Bevölkerung für den Wohn- und Eigenheimbau billiges Land zur Verfügung gestellt und ihr der Erwerb gesunder und kulturell befriedigender Heimstätten erleichtert werden kann. Außerdem hängt von der Bodenvorratswirtschaft der Gemeinden die Schaffung von Siedlungsland, von Grünanlagen und ein zweckmäßiger Straßenbau ab.

Die Erfüllung dieser Aufgaben ist den Gemeinden bisher in großem Umfang erschwert. Das liegt vorwiegend an zwei Umständen. Ein großzügiger Ankauf von Grundbesitz wird in vielen Fällen durch die private Bodenspekulation verhindert, die mit ihren hohen Preisen den Gemeinden die Grundstücke wegnahmt. Darum sieht der Gesehentwurf vor, daß die Gemeinden in allen Fällen, in denen Grund und Boden zur Veräußerung gelangt, ein Vorkaufsrecht erhalten. Dadurch wird erreicht, daß im Bedarfsfälle die Bereitstellung von Wohnland der privaten Grundstücksverwertung vorgeht. Außerdem erhalten die Gemeinden die Möglichkeit, den von ihnen bewirtschafteten, in den meisten Fällen unzusammenhängenden, zerstückelten Grund und Boden durch Ankauf von privaten Grundstücken zu einer großen einheitlichen Grundfläche zu verwandeln. Damit wäre die Voraussetzung für die Schaffung von Siedlungsland und Grünanlagen gegeben.

Das Vorkaufsrecht allein genügt jedoch nicht, um in allen Fällen diese Aufgaben erfüllen zu können. Dringliche Erfordernisse der kommunalen Wohnungs- und Siedlungspolitik können sehr häufig nicht befriedigt werden, weil die privaten Grundbesitzer sich zu einem Verkauf nicht herbeilassen. Dann kann das Wohnungselend nur deshalb nicht beseitigt werden, weil an der Unantastbarkeit des Privateigentums ohne Rücksicht auf die drängendsten Bedürfnisse der unbemittelten Volksschichten festgehalten wird. Um diesen jeder sozialen Gerechtigkeit hohn sprechenden Zustand zu beseitigen, verschafft der Gesehentwurf den Gemeinden das Enteignungsrecht. Es soll angewendet werden, wenn die Erhaltung des Privateigentums in träftem Widerspruch steht zu dem Gebot der Reichsverfassung: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das Gemeine, Beste.“

Die Enteignung soll nicht entschädigungslos vorgenommen werden. Andererseits soll aber der Eigentümer nicht eine ungerechtfertigt hohe Entschädigung verlangen können, denn dann läme eine Enteignung durch Gemeinden nicht in Betracht. Darum sieht der Gesehentwurf eine Entschädigung vor, die nach dem der Grundstücksbesteuerung zugrunde liegenden Wert bemessen wird. Das dürfte übrigens die Nebenwirkung einer Hebung der Steuermoral haben. Ist es doch gegenwärtig gerichtsnotorisch, daß viele Grundstücke nicht zu ihrem wahren, sondern zu einem viel niedrigeren Wert versteuert werden. An einer solchen Steuerfestsetzung wird aber den Eigentümern der Geschmack ver-

Wirths Antwort an Fried.

Herr Fried soll seine Motive gestehen.

Der Reichsminister des Innern Dr. Wirth hat dem thüringischen Minister Dr. Fried auf dessen Antrag, die Genehmigung der Reichsregierung zum Verbot des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Gera, zu erteilen, vor wenigen Tagen eine Antwort zukommen lassen, die an Offenheit nichts zu wünschen übrig läßt.

In dem Schreiben wird unter anderem darauf verwiesen, daß ähnliche Vorwürfe, wie sie von Fried gegen das Reichsbanner erhoben worden sind, schon vor Monaten wiederholt gegen den Thüringer Stahlhelm und die Thüringer Nationalsozialisten erhoben wurden, ohne daß Fried auf diese ihm amtlich bekannten Vorwürfe auch nur irgendwie reagiert hätte. Der Reichsminister des Innern fragt den thüringischen Reichsminister in seinem Antwortschreiben deshalb, welcher Unterschied zwischen den Vorwürfen gegen die Reichsbanner und gegen das Reichsbanner besteht, und warum er in dem einen Falle eingegriffen habe, in dem anderen Falle aber nicht. Wirth ersucht ferner um eine genauere Präzisierung der Vorwürfe gegen das Reichsbanner, Ortsgruppe Gera.

Der Brief des Reichsinnenministers schließt mit einem scharfen Protest gegen die Verhöhnung der gegen das Reichsbanner erhobenen Vorwürfe durch Fried, noch ehe, ent-

gegen dem bisherigen Brauch, die Angaben von einer objektiven Instanz hätten geprüft werden können.

Fried wird im Landtag gesäuft.

Weimar, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Thüringer Landtag wurden am Mittwoch zwei große Anfragen beraten, von denen die eine die Zeugnisausgaben vor dem Staatsgerichtshof in Sachen des Polizeirechts Reich-Thüringen und die andere die Hausdurchsuchungen in den Geschäftsräumen des Reichsbanners in Weimar betrafen.

Der Nazi-Abgeordnete Sautel begründete beide Anfragen u. a. mit abfälligen Bemerkungen gegen den Reichsinnenminister Dr. Wirth. Fried selbst war nicht anwesend. Seine Antwort, die er durch einen Ministerialdirektor verlesen ließ, war eine einseitig zusammengestellte Rechtfertigung der Fried'schen Polizeipolitik und eine „Anklage“ gegen den Reichsinnenminister Dr. Wirth. Sie strohte von Ausdrücken wie Spitzel- und Denunziantentum.

Abgeordneter Frölich (Soz.) hielt mit Fried scharfe Abrechnung und zeigte, wo das Spitzel- und Denunziantentum in Wirklichkeit zu finden ist. Die Hiebe sahen so, daß die Nazis versuchten, den Redner niederzubrüllen. — Der Abgeordnete Kallenbach (Dem.) führte aus, daß, solange ein Staatsfeind an der Spitze der Regierung in Thüringen stehe, Ruhe nicht eintreten werde. Alle anderen bürgerlichen Parteien schloßen sich zu den beiden großen Anfragen der Nationalsozialisten aus.

Zusammenstöße in Hamburg.

Krawall auf der Reperbahn. — Ein Toter.

Hamburg, 10. Dezember.

Der Polizeibericht meldet: Heute nachmittag bildeten sich Ansammlungen in St. Pauli. Einschreitende Polizeibeamte wurden mit Steinwürfen empfangen und machten deshalb von ihrem Gummistäben Gebrauch. In der Reperbahn erfolgten weitere Angriffe auf die Polizei, die derart bedrängt wurde, daß sie mehrere Schüsse abgeben mußte. Die Menge stob auseinander. Ein 19jähriger Bäcker erlitt eine schwere Kopfverwundung und starb bei der Einlieferung ins Krankenhaus. Ein zweiter Demonstrationsteilnehmer soll verletzt sein, doch konnten diesbezügliche Feststellungen noch nicht getroffen werden.

Entwurf eines Kartellgesetzes.

Ein sozialdemokratischer Initiativantrag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat nunmehr den Entwurf eines Kartell- und Monopolgeetzes, über den wir bereits berichtet haben, als Initiativantrag eingebracht. In dem

Geseh wird die Reichsaufsicht über Kartelle, monopolistische Konzerne und monopolistische Einzelunternehmungen festgelegt. Zweck der Reichsaufsicht soll sein, Schädigungen von sozialen und gesamtwirtschaftlichen Interessen sowie des Gemeinwohls zu verhindern und Zusammenschlüsse und Vereinbarungen im sozialen Interesse, im Interesse der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls zu fördern.

Attentat im Parlament.

Ein Kommunist schießt auf den dänischen Sozialminister.

Kopenhagen, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

Als Sozialminister Steindes im Folketing im Begriff stand, den Gesehentwurf zur Sozialreform zu begründen, wurde von der dichtbesetzten Tribüne ein Revolverschuß gegen ihn abgegeben. Der Schuß, der mit dem Aufsie: „Im Namen der Arbeitslosen“ ging, fehlte, da zwei Kriminalbeamte noch im rechten Augenblick den Arm des Attentäters in die Höhe schlagen konnten.

Der Täter, ein junger Agitator der Arbeitslosenorganisation kommunistischer Richtung namens Charles Nielsen, wurde mit drei seiner Kameraden festgenommen. Minister Steindes setzte seine Rede trotz der im Parlament entstandenen Panik ohne Unterbrechung fort.

gehen, wenn sie zu gewärtigen haben, daß die Gemeinden zu dem gleich niedrigen Steuerwert ihnen die Grundstücke enteignen.

Diese in großen Zügen geschilderten Absichten des von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachten Gesehentwurfs werden in allen sozial denkenden Kreisen des deutschen Volkes auf volles Verständnis stoßen. Seine geschworenen Gegner dagegen sind jene unentwegten Ritter der privatkapitalistischen Eigentumsordnung, die sich in ihrem Kampf gegen alle sozialen Verbesserungen in der großindustriellen Volkspartei, in der Wirtschaftspartei der Haus- und Grundbesitzer und in der deutschnationalen Partei der Junker vereinigt haben. Aber auch in den anderen bürgerlichen Parteien sitzen genug Elemente, die sich gegen den sozialdemokratischen Gesehentwurf stemmen werden.

Sie alle haben sich schon einmal gegen ein Wohnheimstättengesetz ausgesprochen. Das war im Mai 1926, als der Reichstag von der Regierung die Vorlage eines solchen Gesetzes forderte. Damals haben von 111 Deutschnationalen nur drei für den Antrag gestimmt, und von den 51 Abgeordneten der Deutschen Volkspartei stimmten nur vier Abgeordnete mit Ja. Das war um so interessanter, als ein paar Jahre vorher die Nationalversammlung auf Anregung derselben Volkspartei die Regierung ersucht hatte, „tunlichst bald einen Gesehentwurf zur Bekämpfung der Bodenspekulation und zur

sozialen Ausgestaltung des Enteignungsrechts, insbesondere auch in der Richtung vorzulegen, daß die Errichtung von Wohn- und Wirtschaftsheimstätten durch Beschaffung billigen Bodens erleichtert wird.“ Als es nun im Jahre 1926 Ernst werden sollte, hatten die wackeren Volksparteiler sich längst von ihrem großen Schreck über die Resolution erholt und ihre „auch-soziale“ Forderung vergessen. Von der Wirtschaftspartei hatte sich nicht ein Abgeordneter für die Unterbreitung des Gesetzes ausgesprochen. Dennoch ist der Antrag angenommen worden. Am 2. Mai 1929 wurde ein von der Demokratischen Partei erneut gestellter Antrag vom Reichstag abgelehnt. Nun ergriß die Sozialdemokratie die Initiative. Ihr Antrag auf Vorlage eines Wohnheimstättengesetzes wurde am 26. Juni 1929 vom Reichstag angenommen.

Was die bürgerlichen Parteien im Reichstag nicht hatten erreichen können, das gelang ihnen hinten herum: Es ist bis jetzt nicht zur Vorlage des Gesetzes durch die Reichsregierung gekommen. Nun hat die Sozialdemokratie den längst vom ständigen Beirat für Wohnheimstättenwesen ausgearbeiteten Gesehentwurf von sich aus dem Reichstag vorgelegt. Der Reichstag wird Farbe bekennen müssen. Vor allem die nationalsozialistische Fraktion, die den Kampf gegen das Eigentum an Grund und Boden zwar programmatisch forderte, aber auf Befehl Hitlers längst preisgegeben hat.

Hakenkreuz-Fabricius verurteilt.

Insgesamt 180 M. Geldstrafe. — Die Verhandlung vor dem Schnellgericht.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Fabricius, der am Dienstagabend bei den Hakenkreuzdemonstrationen in Haft genommen wurde, ist vom Schnellrichter zu insgesamt 180 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

Am Dienstagabend mocht bis tief in die Nacht im Berliner Westen eine wild erregte johlende und schreiende Menge meist unreifer Burschen, in denen die Nazis durchaus die Befreier Deutschlands von der Young-Eknoerei und dem Remarque-Film sehen wollen. Von der Polizei bedrängt, zieht sich die Masse allmählich zum Kurfürstendamm hinüber, wird aber an der Ecke der Ranke- und Kugsburger Straße von der Polizei angehalten, die sich hier der schweren Aufgabe gegenüber sieht, den Kurfürstendamm abzuriegeln, um offenbar beschäftigte und auch schon wiederholt vorgekommene blutige Überfälle auf jüdisch aussehende Postanten, wobei meistens Ausländer gefaßt werden, unumgänglich zu machen.

Der Kommandierende der Berliner Polizei, Polizeioberst Heilmannsborg, ist selber gekommen, um die Unruhmahnungen zu leiten: Es bedarf keiner Worte, um die ungeheure Gefährlichkeit der Situation auf der einen Seite und die schwere Verantwortung auf der anderen Seite, die auf dem höchsten Polizeiführer lastete, zu kennzeichnen. Ausgerechnet in diesem Augenblick drängt sich an den Polizeioberst ein tierlich-schmächtiges Männlein heran, das dem Offizier ganz entfernt bekannt vorkommt: Er kann sich aber nicht darauf besinnen, wer es ist, hat auch gar keine Zeit dazu:

Das Männlein gebärdet sich wild und aufgeregter, fährt den Offizier an: Herr Oberst, ich will wissen, ob Sie den Befehl zum Schießen gegeben haben!

Der Oberst, gerade gekommen, weiß von keinem Schießen. Kein Mensch weiß was davon. Aber das ängstlich nervöse Männlein ist total verblüfft und will von dem Offizier, der weiß der Himmel eine ganz andere Aufgabe vor sich hat, wissen, ob er den Befehl zum Schießen gegeben hat. Nun wird — wer würde es nicht werden — der Offizier ungeduldig, sagt: Bitte hören Sie mich nicht: Gehen Sie weg!

Das Männlein aber läßt nicht von seiner schon fixen Idee und bedrängt den Kommandeur, der ihm noch einmal und zum drittenmal sagen muß, er solle ihn jetzt endlich in Ruhe lassen. Das Herrchen hört nicht und frägt pöbelig: Ich bin Reichstagsabgeordneter.

Der Polizeioberst drückt den Jüdlingling beiseite und läßt ihn, da er noch einmal zurückkommt und sich unter keinen Umständen zufriedengeben und unbedingt wissen will, ob denn nun der Kommandeur den Befehl zum Schießen gegeben habe, festnehmen und zur Wache bringen.

Es hat sich dann herausgestellt, daß irgendwo aus einer Schreckschüßel wohl ein Schuß gefallen sein soll. In dem Augenblick schwenkt der Festgenommene noch einen Ausweis.

Auf der Wache stellt sich heraus, daß man es mit Herrn Dr. Fabricius, Mitglied der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, zu tun hat. Der Herr Reichstagsabgeordnete fragt erstaunt und entrüstet, warum man ihn denn eigentlich zur Wache gebracht habe, worauf ein Beamter wahrheitsgemäß antwortet: „Sie haben sich der wiederholten Aufforderung des Kommandeurs, weiterzugehen, widersetzt.“ Fabricius, im Gefühl gekränkter Unschuld, erwiderte, das sei nicht der Fall, denn er sei niemals aufgefordert worden. Der Beamte sagte: „Diese Aufforderung ist aber mehrmals erfolgt!“, worauf sich die Liebe der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion entschloß, dem Beamten zu erklären:

Na, Sie beiden schließlich alles.

Das schloß dem Herr den Boden aus, und man behielt Herrn Fabricius da und stellte ihn am nächsten Tage, am Mittwochmittag, auf dem Schnellgericht vor seinen Richter.

Der Herr Angeklagte war sehr klein und sehr bescheiden geworden, so daß man, da er an sich ein unscheinbares Herrlein ist, Mühe hatte, ihn überhaupt zu sehen. Er fühlte sich natürlich nicht schuldig, gab aber zu, daß er erregt gewesen war.

In erstreckter knapper, sehr präziser und unbedingt klarer Weise standen Polizeioberst Heilmannsborg, Polizeimajor Heinrichs und Nachtmeister Peters, die als Zeugen vernommen wurden, Rede und Antwort. Der Polizeioberst mußte auf besonderen Wunsch von Rechtsanwalt Frank II seine Aussage zum zweitenmal und sodann noch ein drittes Mal in direkter Form wiederholen. An der Richtigkeit seiner Aussage blieb kein Zweifel: so wie wir es eingangs geschildert, hat sich alles abgespielt.

Der Staatsanwalt hielt den Sachverhalt der Anklage durch die Beweisaufnahme gegeben. Fabricius hat sich durch die Nichtbefolgung der Anordnung, sich zu entfernen, schuldig gemacht. Die Verurteilung auf dem Polizeirevier zu dem Beamten: „Sie beiden schließlich alles!“ stelle eine schwere Beleidigung der Polizeibeamten dar.

Der Staatsanwalt beantragte für die Nichtbefolgung der polizeilichen Anordnung drei Tage Haft und für die Beleidigung der Polizeibeamten einen Monat Gefängnis.

Die beiden Verteidiger, Rechtsanwälte Becker und Frank II, gerieten über den Antrag ganz aus dem Häuschen und ergingen sich in wilden Schimpfereien auf die „Berliner Judenpresse“ (Frank II) und die „Alphaltpresse“ (Becker), die eine Hetze gegen die Nationalsozialisten angezettelt hätte. Herr Frank sagte, Herr Fabricius habe mit der Nationalsozialistischen Partei sich zur Aufgabe gestellt, in die steigende Erregung der Bevölkerung Ruhe und Disziplin zu bringen. Fabricius wollte diese Erregung dämpfen und beschwichtigen, er habe sich dem Polizeioberst gegenüber sehr gewandt und sehr höflich ausgedrückt. Die Aufregung in der Bevölkerung werde sich erst legen, wenn der Film verschwinde. Rechtsanwalt Becker versiegte sich zu der unerhörten Behauptung, das Verhalten des Oberst Heilmannsborg zwinge zu dem Schluß, daß Fabricius von Heilmannsborg provoziert worden sei.

Das Urteil.

Der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Kaiser verkündet folgendes Urteil:

Der Angeklagte Fabricius wird wegen Nichtbefolgung der polizeilichen Anordnung zu 30 Mark Geldstrafe und wegen Beleidigung der Beamten zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Seine große Erregtheit und die allgemein herrschende Erregung sind dem Angeklagten als strafmildernde angerechnet worden.

Am übrigen aber sei der Polizeioberst Heilmannsborg durchaus

im Recht gewesen. Der Angeklagte in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter hätte für den Ernst der Situation mehr Verständnis haben müssen. Die Äußerung auf dem Polizeiamt sei für die Beamten, die sie hörten, sehr beleidigend gewesen.

Bedauerlich und befremdend war, daß Herr Amtsgerichtsrat Kaiser die Presse nicht gegen die Beschimpfung der beiden Rechtsanwälte in Schutz nahm und ihre Ausdrücke (Judenpresse — Alphaltpresse) nicht rügte!

Hakenkreuz bleibt unter sich.

Eine begrüßenswerte Demonstration.

Insterburg, 10. Dezember.

Bei der Sitzung des Landwirtschaftlichen Zentralvereins Insterburg am Mittwochvormittag kam es zu einem Zwischenfall. Der Vorsitzende des Zentralvereins, Rittergutsbesitzer Papendieck, hatte in seiner Ansprache Worte von Winnig über den Nationalsozialismus zitiert. Der anwesende Vertreter des Regierungspräsidenten, Regierungsoberpräsident Ellinghoff,

5 Uhr-Schluß am Weihnachtsabend

Nur noch eine halbe Stunde Aufräumarbeit gestattet.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages ist Mittwoch, den 10. Dezember, zur konstituierenden Sitzung zusammengetreten. In Stelle des zurückgetretenen Vorsitzenden Esser wurde Dr. Brauns neu gewählt.

Es kamen dann die Anträge zu dem

Gesetz über den Ladenschluß am Weihnachtsabend

zur Beratung. Die Wirtschaftspartei verlangte die Aufhebung des Gesetzes, während die Nationalsozialisten und der Christlich-Soziale Volksdienst den Ausbau des Gesetzes von 1929 forderten.

Die Sozialdemokratie hat gleichfalls wesentliche soziale Verbesserungen beantragt, die von der Abgeordneten Frau Reize (Soz.) ausführlich begründet werden. Es habe sich als Mangel herausgestellt, daß trotz der Begrenzung der Geschäftszeit die Angestellten und Arbeiter weit über 5 Uhr hinaus bis spät in den Abend beschäftigt worden waren. Der sozialdemokratische Antrag will deshalb eine Begrenzung der Arbeitszeit. Gegenüber den Einwendungen der Wirtschaftspartei betont die Rednerin, daß die Kaufkraft der Bevölkerung nicht von der langen Dauer der Verkaufszeit in den Läden abhängig sein kann. Auch die Ausnahmen für die Lebensmittelgeschäfte müssen beseitigt werden und schließlich könne auch den Gastwirtschaften der Frühlings- und Sommerzeit länger vorenthalten werden. Für Hotelbetriebe und Reiseverkehr seien in dem sozialdemokratischen Antrag die erforderlichen Ausnahmen vorgesehn.

Abg. Dreher (Natsoz.) wendet sich entschieden gegen die Einwände der Ladenschlußgegner; es müsse aufgehört werden, den Ladenschluß anzuhaken.

Abg. Pfeffer (D. Sp.) verurteilt die Theorien der Nationalsozialisten und wird darin von dem Abg. Hermann (Sp.) unterstützt. Er hält den Nazis vor, das Hunderttausende von Mittelständlern sie gewählt hätten, um jetzt als Krämerseelen gefehlt zu werden.

Auch der Abg. Jäger von den Deutschnationalen bedauert die mittelstandsfreundliche Haltung der Nazis. Ein Regierungsvizepräsident bittet, daß bei dem neuen Gesetz min-

destens über 5 Uhr hinaus die Aufräumarbeiten gemacht werden können und bei dem Frühlings- und Sommerzeit Rücksicht auf nicht ortsanständige Personen genommen wird.

In der weiteren Debatte spricht der Abg. Glatzel (D. Sp.) gegen seinen Parteifreund Pfeffer, während sich Schröder (Komm.) für die sozialdemokratischen Anträge erklärt.

Das Ergebnis der Beratung wird in einer neuen Formulierung niedergelegt, die den im sozialdemokratischen Antrag enthaltenen Erweiterungen des bisherigen Gesetzes entspricht und die vom Regierungsvizepräsidenten vorgeschlagenen Ausnahmedestimmungen mitenthält.

Das neue Gesetz wird von einer Mehrheit aus Sozialdemokraten, Nationalsozialisten, Kommunisten und einem Teil der übrigen bürgerlichen Parteien angenommen. Gegen jede Verbesserung stimmten Deutschnationale und Wirtschaftspartei sowie die Hälfte der Deutschen Volkspartei.

5 Uhr-Schluß am Weihnachtsabend

Nur noch eine halbe Stunde Aufräumarbeit gestattet.

bestens über 5 Uhr hinaus die Aufräumarbeiten gemacht werden können und bei dem Frühlings- und Sommerzeit Rücksicht auf nicht ortsanständige Personen genommen wird.

In der weiteren Debatte spricht der Abg. Glatzel (D. Sp.) gegen seinen Parteifreund Pfeffer, während sich Schröder (Komm.) für die sozialdemokratischen Anträge erklärt.

Das Ergebnis der Beratung wird in einer neuen Formulierung niedergelegt, die den im sozialdemokratischen Antrag enthaltenen Erweiterungen des bisherigen Gesetzes entspricht und die vom Regierungsvizepräsidenten vorgeschlagenen Ausnahmedestimmungen mitenthält.

Das neue Gesetz wird von einer Mehrheit aus Sozialdemokraten, Nationalsozialisten, Kommunisten und einem Teil der übrigen bürgerlichen Parteien angenommen. Gegen jede Verbesserung stimmten Deutschnationale und Wirtschaftspartei sowie die Hälfte der Deutschen Volkspartei.

Die neuen Bestimmungen für den Weihnachtsabend

Das nunmehr beschlossene Jultagesgesetz besagt, daß offene Verkaufsstellen, auch wenn in ihnen keine Arbeitnehmer beschäftigt werden, am 24. Dezember nur bis 5 Uhr nachmittags geöffnet sein dürfen. Für das Zubehörende anwesender Kunden und für Aufräumarbeiten ist eine halbe Stunde über 5 Uhr hinaus zulässig.

Die Ausnahme für die Lebensmittelgeschäfte kommt in Wegfall, dagegen bleibt Art. 2 des bisherigen Gesetzes bestehen.

Für die Gaststätten wird, auch wenn in ihnen keine Arbeitnehmer beschäftigt sind, der Ladenschluß auf 7 Uhr abends festgelegt. Für das Zubehörende der bereits anwesenden Gäste, die Aufräumarbeiten und Reinigungsarbeiten ist eine weitere halbe Stunde zulässig.

Soweit es sich um den Reiseverkehr und die Verpflegung nicht ortsanständiger Personen handelt, ist es den Länderregierungen überlassen, für die Hotels und Gasthöfe Ausnahmedestimmungen zu erlassen.

Heilige Gefühle?

Der Nationalismus der Hakenkreuzler und seine Ausdrucksformen.

Sie hehen alle gegen den Film, der den Krieg zeigt, wie er ist: die Lausbuben um Goebbels wie die gefestigten Herren in der Presse des neuen nationalsozialistischen Bloks.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird die These vertreten, daß der Film verboten werden müsse, weil seine französische Fassung deutschfeindlich sei.

Wer von den Lausbuben, die auf Befehl randalisieren, kennt die deutsche Fassung, geschweige denn die französische? Sie rufen alle: Verbot! Verbot! Sie beteuern, daß der Ruf aus empörten nationalen Herzen komme, Ausschrei heiligsten Gefühls sei.

Vor ein paar Tagen fand dies heiligste Gefühl einen angemessenen Ausdruck im Auslegen von weißen Mäusen. Gestern waren es drei Blindschleichen, die die Lausbuben des Goebbels losließen, auf das die drei Schlangen Zeugnis ablegen sollten von ihrer nationalen Gesinnung.

Goebbels und seine Freunde werden gestatten, daß wir ihre heiligsten Gefühle nach ihren Ausdrucksmitteln beurteilen. Die gefestigten Herren von der Presse der Rechten mögen dies Urteil ruhig auch auf sich beziehen. Sie machen mit den Lausbuben der weißen Mäuse und der Blindschleichen Kompanie.

Sie werden uns nicht glauben machen können, daß es eine Eigenschaft des deutschen Volkes sei, dann, wenn es in empörender Entrüstung emporkommt, weiße Mäuse und Blindschleichen in die Tasche zu stecken. Kann man eine edle Sache vertreten mit weißen Mäusen? Wir werden künftig immer, wenn Goebbels und die Seinen von heiligsten Gefühlen sprechen, an weiße Mäuse und Blindschleichen denken!

Das Organ des Herrn Goebbels aber gibt den richtigen Ton dazu an, indem es in fetten Lettern ausschreit: Polizei schießt in die Menge. Es ist gelogen, aber aufklärend. Das Lausbubenbrot des Goebbels spielt nicht nur mit weißen Mäusen, sondern auch mit Menschenleben! Das eine scheint ihnen gleich viel zu gelten wie das andere.

Das soll die Grundlage abgeben für ein Verbot! Was wollen sie denn verbieten? Daß es im Kriege Tote gibt, Scheußlichkeiten unerhört, Wimmern der Opfer, daß der Krieg anders aussieht als die buntdruckte Legende?

Wollen sie auch die Kriegstrümpel verbieten? Wollen sie die ungeheure stützliche Kraft verbieten, die im Kriege gegen den Krieg hervorbricht? Sie ist da, sie wächst, sie läßt sich nicht verbieten!

Politische Justiz.

Ein neuer Justizskandal in Halberstadt.

Halberstadt, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

Das hiesige erweiterte Schöffengericht verurteilte am Mittwoch 15 Arbeiter wegen Landfriedensbruchs zu je drei Monaten Gefängnis und 4 Arbeiter zu je acht Monaten Gefängnis. Gegen das Urteil wurde sofort Berufung eingelegt.

Die Arbeiter standen unter der Anklage des Landfriedensbruchs, weil sie sich am 22. September gegen Magdaburger Nationalsozialisten, die nach Quedlinburg gekommen waren, um „Betrieb zu machen“ und Arbeiter zu bedrohen, zur Wehr gesetzt hatten. Wer von den beiden Parteien mit den Tätschkeiten begonnen hatte, ließ sich aus dem Verlauf der Verhandlungen nicht entnehmen. Die Nationalsozialisten traten dennoch nicht ebenfalls als Angeklagte, sondern als Zeugen auf, und während das Gericht den Herren Nazis alles aufs Wort glaubte, wurden die angeklagten Arbeiter wie dumme Lungen behandelt. Vor allem fiel im Verlauf der Verhandlungen auf, daß der Vorsitzende sich stets nach der Parteigehörigkeit der einzelnen Angeklagten erkundigte.

5 Uhr-Schluß am Weihnachtsabend

Nur noch eine halbe Stunde Aufräumarbeit gestattet.

bestens über 5 Uhr hinaus die Aufräumarbeiten gemacht werden können und bei dem Frühlings- und Sommerzeit Rücksicht auf nicht ortsanständige Personen genommen wird.

In der weiteren Debatte spricht der Abg. Glatzel (D. Sp.) gegen seinen Parteifreund Pfeffer, während sich Schröder (Komm.) für die sozialdemokratischen Anträge erklärt.

Das Ergebnis der Beratung wird in einer neuen Formulierung niedergelegt, die den im sozialdemokratischen Antrag enthaltenen Erweiterungen des bisherigen Gesetzes entspricht und die vom Regierungsvizepräsidenten vorgeschlagenen Ausnahmedestimmungen mitenthält.

Das neue Gesetz wird von einer Mehrheit aus Sozialdemokraten, Nationalsozialisten, Kommunisten und einem Teil der übrigen bürgerlichen Parteien angenommen. Gegen jede Verbesserung stimmten Deutschnationale und Wirtschaftspartei sowie die Hälfte der Deutschen Volkspartei.

Die neuen Bestimmungen für den Weihnachtsabend

Das nunmehr beschlossene Jultagesgesetz besagt, daß offene Verkaufsstellen, auch wenn in ihnen keine Arbeitnehmer beschäftigt werden, am 24. Dezember nur bis 5 Uhr nachmittags geöffnet sein dürfen. Für das Zubehörende anwesender Kunden und für Aufräumarbeiten ist eine halbe Stunde über 5 Uhr hinaus zulässig.

Die Ausnahme für die Lebensmittelgeschäfte kommt in Wegfall, dagegen bleibt Art. 2 des bisherigen Gesetzes bestehen.

Für die Gaststätten wird, auch wenn in ihnen keine Arbeitnehmer beschäftigt sind, der Ladenschluß auf 7 Uhr abends festgelegt. Für das Zubehörende der bereits anwesenden Gäste, die Aufräumarbeiten und Reinigungsarbeiten ist eine weitere halbe Stunde zulässig.

Soweit es sich um den Reiseverkehr und die Verpflegung nicht ortsanständiger Personen handelt, ist es den Länderregierungen überlassen, für die Hotels und Gasthöfe Ausnahmedestimmungen zu erlassen.

Was sie wollen, das ist die verlogene Militärzensur des Krieges — und sie scheinen von dem einen grandiosen Fiasko noch nicht genug zu haben!

Heute Oberprüfstelle.

Soll der Film „Im Westen nichts Neues“ verboten werden?

Heute wird sich die Ober-Filmprüfstelle mit den Anträgen mehrerer Landesregierungen beschäftigen, die weitere Ausführung des Bildstreifens „Im Westen nichts Neues“ zu verbieten. Die Verhandlungen werden unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Seeger vom Reichsinnenministerium stattfinden. Außer ihm gehören der Ober-Filmprüfstelle an der deutschen nationalen Abgeordnete und frühere Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Paul Baedeker, der christlichsoziale Professor Dr. Hinderer, eine, wie man annimmt, weit rechtsstehende Frau und ein Arbeitnehmersprecher.

Der Film „Im Westen nichts Neues“ wurde am Mittwoch im Reichsministerium des Innern Mitgliedern der Reichsregierung vorgeführt.

Das Hugenberg-Interesse.

Für den Film „Im Westen nichts Neues“ ist ein Heft des „Film-Kurier“ in einer Auflage von 100 000 Exemplaren gedruckt worden und wird verkauft.

Hersteller: Kupfertiefdruck von August Scherl G. m. b. H.

Zu der Presseführung des Films vor der Premiere waren zwei Vertreter der Ufa eingeladen. Sie äußerten sich begeistert. Sie bedauerten, aus politischen Gründen den Film nicht übernehmen zu können.

Sie erklärten jedoch, in den Städten, in denen sie zu 50 Proz. an den Theatern beteiligt seien, möchten sie ihre Teilhaber abschließen lassen, um das sicher zu erwartende große Geschäft mitzunehmen. Falls politische Beanstandungen kommen würden, hätten sie immer die Möglichkeit, sich hinter ihren Teilhabern zu decken.

Praktisch ist es infolge der einkehrenden Krawalle zu solchen Abschüssen nicht gekommen.

Auch Laval gescheitert.

Paris, 10. Dezember.

Laval berichtet, daß Senator Couat auf die Kabinettsbildung verzichtet hat.

Goebbels gerichteten Jurufs: „Sie Kammerjäger!“ Torgler (Komm.) meint: „Wieso denn? Das ist doch nur eine Berufsbezeichnung!“ (Sturm. Heiterkeit.)

Abg. Dr. Rahl (DVP.)

erklärt, auf das Schlusswort als Antragsteller mit Rücksicht auf den Tiefstand der Diskussion zu verzichten und legt hinzu: Wenn die Herren der äußersten Rechten und Linken konsequent wären, so würden sie auf die Mitarbeit verzichten. Dann bekämen wir ein gutes Strafgesetz. (Lebhafte Beifall der Sozialdemokraten und der Mittelparteien. — Der Redner wird von den Nazis förmlich interpelliert.)

Gegen die Stimmen der Flügelparteien wird der Antrag dem Strafrechtsausschuss überwiesen. — Es folgt die Weiterberatung über

das Pensionsfürzugesetz.

Abg. Dr. Reinhold (D. Staatsp.) kennzeichnet den Frontwechsel der Nazis in der Frage der Beamtengehälter und Pensionen gegenüber der Wahlbegeisterung wider die Beamten. Gestern haben wir den großen Einfluss der vielen Pensionsempfänger unter den Nazis festgestellt können. Der Redner spricht für das Berufsbeamtenrecht und behält sich Verbesserungsanträge vor.

Abg. Lude (Wirtschp.) wünscht stärkere Anrechnung des Arbeitseinkommens, begrüßt aber die Nichtanrechnung des Kapitaleinkommens. Die Höchstpension sollte 12.000 M. betragen, das Gesetz darf nur ein vorübergehendes Notgesetz sein, weil die Beamtenrechte wieder hergestellt werden müssen. Der Redner schimpft auf die Beamtenkonföderation und ruft zum Kampf gegen den Sozialismus auf. (Heiterkeit links.)

Abg. Dr. Bötter (Soz.):

Die Beamtenchaft hat ganz richtig erkannt, daß sie sehr gut daran tut, sich des Mittels der Selbsthilfe und der Konsumgenossenschaften zur Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Lage zu bedienen.

Der Deutsche Beamtenbund, den Abg. Lude deswegen angreift, zählt auch Herrn Lude zu seinen Mitgliedern, und er hat in der Wahlagitation stets seine besondere Eignung zum Beamtenvertreter hervorgehoben.

(Hört! Hört! links.) Wir fordern, daß jeder Arbeitende seine auskömmliche Versorgung findet. Wenn aber pensionierte Beamte eine ausreichend bezahlte Stelle haben, dann kann der notleidende Staat nicht noch Geld zur Leberbegahlung hinzugeben. (Sehr wahr! links.) Abg. Sprenger hat gestern über die Kulturhöhe des Berufsbeamtentums philosophiert und nötigt mich dadurch, die Ehre des Berufsbeamtentums zu verteidigen. (Nazifuss: Da sind Sie der richtige!) Sie sehen alle nicht Ihrer Partei angehörigen Beamten als Schmarotzer, „Revolutionsgewinner“ und „Partei-beamte“ an. Sie sollten über die Ausnutzung politischer Stellen zu privaten Nutzen lieber schweigen. Zum Beweis dafür berichtet der Redner ausführlich über jenen

nationalsozialistischen Sparkassenvorsteher in Straßburg, der einem Landwirt gegen hohe Provision den Ankauf eines der Stadtparkplätze verschuldeten Kinos angetragen hat.

(Die Nazis versuchen dauernd, den Redner zu überbieten.) Am 22. Februar d. J. hat dieser Mann an den Landwirt noch einmal einen dringenden Ermunterungsbrief zum Ankauf des Kinos geschrieben. (Wärm rechts. — Hört! Hört! links. Dittmaller Juruf rechts: Erzählen Sie doch von den Schiebungen von Viktor Weiß seinem Bruder.) Ja, ich erzähle noch von manchen Schiebungen, zum Beispiel in Koburg. (Dauernde Störungsvorwürfe rechts.) Dort hat sich der nationalsozialistische Stadtrat Föder auf Grund vertraulicher Mitteilungen in den Gemeindeausschüssen ein Grundstück gesichert, das die Stadt kaufen wollte, und hat es ihr dann mit erheblichem Gewinn weiterverkauft. Außerdem hat er sich die Vierung für städtische Dienststellen verschafft, die ihm einen schönen Gewinn eingebracht haben. Solche

Verfehlungen einzelner Parteimitglieder dürfen nicht einer Partei in die Schuhe geschoben werden, aber zur moralischen Entrüstung besteht bei Ihnen gar kein Anlaß.

Sie sollten einmal gezwungen werden, Ihre Reichstagsreden zur Pensionsfürzung auf dem Lande zu wiederholen, wo Sie vor der Wahl die schamloseste Beamtenhege getrieben haben. Sie haben da rigorose Herabsetzung der Beamtengehälter verlangt. In der Stadlvertreterhalle haben Sie eine Gehaltsenkung für die leitenden Angestellten der städtischen Werke beantragt. Im Ausschuss haben Ihre Vertreter dann diesen Antrag niedergestimmt. Sie mußten allerdings bei der Schlussabstimmung im Plenum wieder dafür stimmen. (Hört! Hört! links.)

Als unser Parteigenosse Fedlich in Thüringen Minister war, betrug sein Gehalt 7200 Mark. Der Ordnungsbund und Sie (zur Freid-Partei) haben das Ministergehalt auf 19.000 Mark erhöht; dazu kommen noch eine jährliche Aufwandsentschädigung von 2000 Mark und Wohnungsgelder.

(Geschrei der Nazis.) Seinerzeit haben die Nationalsozialisten hier im Reichstag einen Antrag auf Beschränkung der Ministergehälter eingebracht, und in seiner Begründungsrede sagte Herr Fric: „Die Minister machen sich die Taschen voll.“ (Große Heiterkeit. — Empörte Jurufe der Nazis, aus denen man unter anderem heraus hört, ein so schlechtes Deutsch spreche Fric nicht.) Machen Sie das miteinander aus! (Großes Geschrei rechts.)

Im Thüringischen Landtag haben unsere Genossen vorwörtlich denselben Antrag eingebracht, da haben die Nationalsozialisten dagegen gestimmt,

(stürmisches Hört! Hört! links und in der Mitte), wobei ihr Wortführer sagte, Minister Fric müsse leider sein ganzes Gehalt annehmen, weil ein Gehalt auf Gehaltsenkung nicht durchzubringen sei. (Hört! Hört! links.) In der Wahlbewegung hatte man den Eindruck erweckt, daß Fric auf einen erheblichen Teil seines Gehaltes verzichtet hätte. Staatsminister Baum hat im Landtag das Gegenteil festgestellt. (Andauernde Störungsrufe Fric's und anderer Nazis, darunter auch die Rufe „Lügner“ und „Berufsschleier“. — Vizepräsident Stöhr fordert schließlich, durch andauernde Jurufe der Linken veranlaßt, den Schimpfer auf, sich zu melden, und ruft ihn dann zur Ordnung, bezeichnet aber gleichzeitig die Äußerung des Redners, jener könne ihn nicht beleidigen, als nicht parlamentarisch.) Keiner von uns macht Herrn Fric einen Vorwurf daraus, daß er das gefehmähige Gehalt bezieht. Aber der Gegensatz zwischen Ihrer Agitation und Ihrer Praxis muß angeregt werden.

Obgleich nach Thüringischem Gesetz den Ministern eine Pension nur zusteht, wenn sie ohne eigene Schuld an ihrer Gesundheit solchen Schaden nehmen, daß sie aus dem Amt scheiden müssen, ist

unter der Ministerchaft Fric's eine Erweiterung der Pensionsbedingungen eingetret.

(Wütendes Geschrei rechts.) Herr Sprenger hat gestern behauptet, wenn erst keine Partei herrsche, dann bräuchten die Beamten keinen Verfassungsschutz ihrer wahlwerbenden Rechte. Die Beamten können froh sein, daß die Verfassung sie schützt. Gerade Herr Fric ist der Minister, der einen Rekord an verfassungswidrigen Erlassen aufgestellt hat, wie ihre Aufhebung durch die höchsten Gerichte beweist. (Stürmisches Zustimmung links, andauernder Lärm rechts.)

Eine wüste Szene.

Einige der schreienden Nazis scheinen geradezu die Besinnung verloren zu haben. Im Verlauf einer Auseinandersetzung will sich Dreher auf den Sozialdemokraten Dr. Leber stürzen. Einige seiner Freunde halten ihn. Dreher balgt sich nun mit ihnen; es wird ein förmlicher Ringkampf.

Der sich wie wahnsinnig gebärdende Frank II will Dreher zu Hilfe kommen, andere Nazis packen ihn und reißen ihn zurück. Nur allmählich kehrt die Ruhe wieder.

Nach einer Rede des Abg. Hennig (Chr.-Soz.) versucht Abg. Sprenger (Nazifuss) den Abg. Dr. Bötter durch Schimpferei auf die „korrupten und verbrecherischen Parteibeamten“ zu widerlegen.

Abg. Lude (Wirtschp.) verliest zum Beweis der nationalsozialistischen Beamtenhege eine Nazischmähschrift aus der Wahlzeit gegen das Berufsbeamtentum. (Lärm rechts, Beifall und ironische Jurufe links und in der Mitte.)

Damit ist die erste Beratung geschlossen. In einer persönlichen Bemerkung erklärt Abg. Dr. Bötter (Soz.) auf eine Äußerung Sprengers, er habe Minister Fric nicht den Vorwurf des unrechtmäßigen Bezugs von Wohnungsgeld gemacht, sondern nur aus der thüringischen Besoldungsliste zitiert.

Präsident Löbe schlägt für Donnerstag die Behandlung verschiedener Anträge und des Restes der Tagesordnung vor.

Zur Tagesordnung beantragt

Abg. Schmidt-Hannover (Dnat.) Aufhebung der Mißtrauensanträge gegen Wirth, Curtius und Treowramus, außerdem die Behandlung des Antrags auf Spernung der Polizeikolonnenschüsse an Preußen. Dabei macht er provozierende Ausfälle gegen die Verfassung, das Parlament und die Linke. (Schlußrufe links. Präsident Löbe droht dem Redner, ihm bei weiteren Ausführungen, die nicht zur Tagesordnung gehören, das Wort zu entziehen.)

Abg. Dr. Wendhausen (Landvolk) schließt sich Schmidt-Hannover an.

Abg. Dr. Fric (Nazifuss) wiederholt den Antrag auf außerparlamentarische Debatte samt Mißtrauensanträgen.

Abg. Dr. Everling (Dnat.) beantragt für Donnerstag Beratung der Anträge, das Republikstuhgesetz aufzuheben, das er einen der Schandflecke der Republik nennt. (Rüge des Präsidenten.)

Abg. Döberich (Landvolk) verlangt, daß am Donnerstag der Antrag seiner Partei auf Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“ beraten werde.

Die Änderungsanträge zur Tagesordnung werden gegen die Stimmen der Rechten und der Kommunisten abgelehnt. Der Antrag Everling im Hommesprung mit 239 gegen 188 Stimmen bei einer Enthaltung. Wüste Beschimpfungen und Pful-Rufe der Nazi gegen die Deutsche Volkspartei, die mit der Mitte, den Sozialdemokraten und den Kommunisten den Antrag Döberich ablehnt, bilden den Ausklang dieser Aramassigung. Schluß 20 Uhr.

Nächste Sitzung heute 13 Uhr.

Curtius bei Hindenburg. Der Reichspräsident empfing am Mittwoch den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius zum Vortrag.

Blutiger Zwischenfall in Indien. Am Dienstag wurde bei einer militärischen Parade in Lahore ein englischer Artilleriehauptmann von einem indischen Unteroffizier erschossen. Der Attentäter tötete ferner einen indischen Sergeanten und beging dann Selbstmord. Die Gründe der Tat sind in persönlichen Zwistigkeiten zu suchen.

Krach beim Landvolk.

Flucht eines Schiele-Anhängers in die Öffentlichkeit.

Der Reichstagsabgeordnete Mönke hat seinen sämtlichen Mitabgeordneten ein Schreiben zugehen lassen, in dem er gegen die Parteileitung des Landvolks die allerhöchsten Vorwürfe erhebt. Mönke kandidierte auf dem Reichswahlvorschlagn an einer Stelle und wurde als sechster gewählt. Er hatte jedoch zuvor, ebenso wie andere Kandidaten, der Parteileitung eine unterschriebene Berzichterklärung zur Verfügung stellen müssen, und die Parteileitung hatte, wie Mönke behauptet, gegen alle Abmachungen seine Berzichterklärung an Stelle anderer an den Reichswahlleiter weitergegeben. Auf Vorstellungen Mönkes hin erklärte der Reichswahlleiter die Berzichterklärung für ungültig, und Mönke nahm nun die Wahl an. Das Vorgehen der Parteileitung bezeichnet er als Betrugs- und Vortbruch und führt es darauf zurück, daß er als loyaler Anhänger Schiele's den Höfer, Hepp, Wendhausen und v. Seydel nicht genehm gewesen sei.

Mönke ist in die Fraktion der Landvolkpartei nicht aufgenommen und aus der Partei ausgeschlossen worden.

Berkürzt die Arbeitszeit!

Aktion des U.S.M. Arbeitsministers.

Washington, 10. Dezember.

Der neue Arbeitsminister Doak erklärte sich in seiner ersten offiziellen Äußerung für die Einführung der Kurzwoche zur Behebung der Arbeitslosigkeit und ist zur Zeit bemüht, die Eisenbahnerorganisation, der er angehört, mit der Federation of Labor, die gegen ihn als Nichtmitglied agitiert hatte, zu einem gemeinsamen Programm für die fünfzügige Arbeitswoche zu veranlassen.

Belgien soll abrüsten!

Sozialistisches Kampfziel.

Brüssel, 10. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Generalrat der sozialistischen Partei Belgiens beriet über die Regierungsforderung von 300 Millionen Franken für den Bau neuer Festungswerke in Lüttich, Antwerpen, Namur, Termonde und Gent. Nach der Rede des Berichterstatters Wauters ist die ganze Partei fest entschlossen, gegen diese neuen Rüstungskredite einen schonungslosen Kampf zu führen. Sie hält den Bau neuer Festungswerke für eine Provokation der Nachbarländer. De Brouckere wies auf die Gefahr für den Frieden hin, die in der Bildung einer Liga unzufriedener Völker in Europa besteht. An dem Tag, an dem ein faschistisches Deutschland wieder bewaffnet ist, wird der Friede bedroht sein, aber

wie können wir Deutschland die Bewaffnung verweigern, wenn wir selber Artikel VIII des Versailler Vertrages nicht achten!

Wir haben, sagte er, keine einzige Entschuldigung mehr, unsere Bewaffnung nicht zu beschränken. Graf Bernstorff hat Recht, wenn er in Genf die Forderung der Parität in der Sicherheit stellte. Die Sicherheit Deutschlands ist nicht größer als unsere.

Alle Redner, auch die wallonischen (französischen) Delegierten forderten

Aufhebung des französisch-belgischen Militärabkommens,

da allgemein angenommen wird, daß die neue Festungslinie für Belgien vom französischen Generalstab vorgeschlagen worden ist. Vanderveelde meinte, das französisch-belgische Militärabkommen habe seit den Locarno-Verträgen keinen Zweck mehr. Er nannte es eine Gefahr für Belgien, da es in Deutschland die Vermutung hervorrufen könnte, Belgien habe gegenüber Frankreich andere Verpflichtungen als gegenüber Deutschland.

Fremde Erde.

Uraufführung in der Lindenoper.

Ein tragisches Auswandererschicksal, mußdramatisch gestaltet. Wertvolle Ansätze zu einer wirkungsvollen Operndichtung. Begabte Musik von Karol Rathaus. Gute Aufführung, überragend die Gestaltung der Hauptrolle durch Herbert Janssen. Zum Schluß viel Beifall für den Komponisten, für Generalmusikdirektor Kleiber und alle Mitwirkenden.

K. P.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Textteil: Victor Schill; Wirtschaft: G. Alingelshöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Felix Kersch; Anzeigen: Th. Glöde; Lüttich in Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag und Druckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Unter den Eichen 2. Diers 3 Beilagen.

N*J-Preise sind Fest-Geschenke

Sonntag geöffnet von 3-7 Uhr

Wollmusseline
schöne Druckmuster, ca. 80 cm breit **125**

Reinwoll-Tuchkaros
hervorragende Qualität, feste Muster, ca. 100 cm breit **245**

Flamingo
Wolle mit Kunstseide, mit kleinen gewebten Effekten, in vielen Farben **345**

Überziehhäekchen
reine Wolle, weiß oder farbig **390**

Servierkleid
aus schwarzem Zanolfa, mit langen Ärmeln und weißer Eispagarnitur **390**

Herren-Oberhemd
aus durchgehendem gestrahltem Mako-Popeline mit Ersatz-Manschellen **590**

Herren-Hausjacke
3/4größen und Verschnürung, a. gutem Flauschstoff 29.50 25.50 19.50 **12.50**

Damentaghemd
aus gutem Wäschestoff, mit Stickereiansatz und Motiv **190**

Damen-Nachthemd
mit Stickerei-Einsatz und Spitze, lange Ärmel **325**

Damen-Strümpfe
reine Wolle, hochwertige Qualität **225**

Echt Chevreau-Pumps
haselnußfarbig, mit echt Schlangen - Vorderblatt u. Louis XV. Absatz **1190**

Küchenhandtuch
weiß reinleinen Gerstenkorn, 48/105cm **095**
1/2 Dtz. 5.40

Stubenhandtuch
weiß gemustert, reinleinen, 48/110cm **130**
1/2 Dtz. 7.45

Bettgarnitur aus Linon, 1 Deckenbezug 130/200, 1 Kissenbezug 60/80, 1 Kissenbezug reich garn. **790**

Besuchtasche
saffianfarbenes Leder mit Flachrandel, schwarz, blau, braun, 24 cm hoch **590**

Großer Spielwaren-Verkauf im II. Stock

N*J SRAFFEL

BERLIN C2 • SPANDAUER STRASSE • KONIGSTRASSE • GEGRÜNDET 1815

Berlins Herz am Absterben?

Preisausschreiben um die Sanierung der Altstadt.

Als Beitrag zu der Diskussion über das Projekt der Mühlenstammregulierung bittet uns unser Mitarbeiter Dr. Paul F. Schmidt um die Veröffentlichung der folgenden Zellen:

Die Pläne des Tiefbauamtes um den Mühlenstamm und das Ephraim-Palais haben die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit einmal gründlich wieder auf das Problem der Berliner Altstadt hingewiesen.

Es handelt sich hierbei absolut nicht nur um die Verkehrsnot, sondern um weit umfassendere und wichtigere Komplex; letztlich um eine Existenzfrage Berlins überhaupt. Wenn der Kern der Altstadt, in dem sich die wichtigsten Verwaltungs-, Wirtschafts-, Justiz- und Kunstgebäude befinden, in dem sich naturgemäß das richtunggebende Dasein der Reichshauptstadt abspielen müßte — wenn dieses Herz Berlins am Absterben ist, der Verwahrlosung und Verödung verfällt, wie es tatsächlich der Fall ist, dann muß schnellst und nachdrücklich eingegriffen werden, soll die Zukunft von dort her nicht den ganzen Körper der Stadt ergreifen.

Mit lokal begrenzten Mitteln, die sich allein auf Verkehrsregulierung beschränken und dafür große Summen beanspruchen, wie es das Projekt der Mühlenstammregulierung darstellt, ist gar nichts getan; schlimmer: es wird der Weg zur Gesundung hoffnungslos verrammelt. Stadtbaurat Wagner hat in einer Denkschrift an den Magistrat alle Gründe zusammengefaßt, die dieses bürokratische Zeugnis in den Dreck versinken lassen, wozu es gehört:

Erst wenn man hiermit reinen Tisch gemacht hat, ist die Möglichkeit gegeben, das Problem der Berliner Altstadt von allen Seiten her anzuschneiden und stadtbau-, verkehrspolitisch, juristisch, wirtschaftspolitisch zu lösen. Eine ungeheure Aufgabe, zu deren Lösung vielmehr alle Kräfte von Sachverständigen zusammenwirken müssen.

Der Citiaussschuß ist nach seiner Bestimmung und der Art seiner Zusammenlegung die dafür geeignete Organisation. Er hat das Projekt auch schon längst in die Hand genommen und bereitet ein großes Preisausschreiben zur Erlangung von Ideenentwürfen für die Sanierung der Berliner Altstadt vor, d. h. für ihren südlichen Teil zwischen Königstraße, Spittelmarkt und Jannowitzbrücke, um den es sich vor allen Dingen handelt. Dieser Wettbewerb wird so fortwährend und ausführlich vorbereitet, daß er erst zum Frühjahr 1931 an die Öffentlichkeit treten wird. Er wird alle Fragen umfassen, die hier überhaupt in Betracht kommen, um den Kern Berlins seiner Bestimmung wiederzugeben. Ueber dreißig umfassende Gutachten aus allen Gebieten der Wirtschaft, der Baukunst, des Rechts, des Verkehrs werden dazu eingeholt von den besten Sachkennern; ein immenses Kartenmaterial wird als Unterlagen beigezeichnet werden. Man kann darum heute noch nichts Genaueres auslegen. Es ist aber notwendig, die Öffentlichkeit darauf vorzubereiten und für diesen gigantischen Plan zu interessieren, um alle einzelnen Streitfragen, wie eben die um Mühlenstammstausee und Ephraimpalais zum Schmelzen zu bringen und Gebüd über zu lassen für den großen Wurf, der zur Diskussion steht.

Martin Mächler, der um die Planung Groß-Berlins sich schon so bedeutende Verdienste erworben und wohl als der Sachverständige umfassendster Art für diese Fragen zu gelten hat, leitet die Vorbereitungen für das Preisausschreiben. Stadtbaurat Wagner, die offiziell maßgebende Instanz, bleibt in Verbindung damit. Der Kern dieser Probleme wird die Schaffung einer Verbindung von Alexanderplatz und Jägerstraße sein als Entlastung und südliche Parallellstraße des Königsplatzes; um diesen Verkehrskern zu stabilisieren sich alle weiteren Fragen: Durchflutung der City, Mühlenstamm, Bewertung der Spreewer, Verbindung von Spittel- und Wolfenmarkt, die mit hundert anderen stadtbauischen Lösungen im engsten Zusammenhang stehen.

geb bekommen; denn alle Gewinne sind mit 90 Proz. ihres Wertes auszahlfar. Glücksbriefe enthalten 10 Lose für 5 Mark.

Das Demonstrationsverbot.

Vier Berliner Plätze für Versammlungen frei.

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit:

Durch Bekanntmachung vom 10. Dezember sind mit sofortiger Wirkung alle Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel verboten worden. Bei der schon erfolgten Bekanntmachung des Verbots wurde in Aussicht gestellt, daß einige Plätze freibleibenden Versammlungen offengehalten werden sollten. Diese Plätze sind:

- Der Lustgarten.
- Die Treptower Spielwiese.
- Der Humboldthain.
- Die Jungfernheide.

Es muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß nur auf diesen Plätzen Versammlungen unter freiem Himmel stattfinden dürfen und dies auch nur so lange, als eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit nicht besteht.

Der Kampf um die Frau.

Ein Ehrentwort, eine geschiedene Ehe, eine Beleidigung.

Ganz ungewöhnlich war die Anklage gegen einen früheren mit den besten Zeugnissen nach zwölfsähriger Dienstzeit ausgeschiedenen Polizeioberwachmeister wegen verwehrt Nötigung, Erpressung, Beamtenbeleidigung und Widerstand, die das Schöffengericht Berlin-Mitte befristete.

Am 9. Mai hatte der Angeklagte D. dem Polizeioberwachmeister P. seinem früheren Freunde und Kameraden, als er unter den Linden Ecke Friedrichstraße auf Posten stand, grobe Beschimpfungen ins Gesicht geschleudert. Er hatte ihn „Lump, Schuft und Zuhälter“ genannt. Der Beamte hatte sich entfernt und den Angeklagten später festgenommen. Den Anlaß hatte nach der Schilderung des Angeklagten sein eigenes Ehezerwürfnis gegeben. Er schied dem beleidigten Beamten die Schuld an der Ehezerwürfnis zu. Die Ehe ist inzwischen geschieden worden, und P. hat sich jetzt mit der Frau verlobt. Als der Angeklagte aus dem Polizeidienst ausgeschieden war, eröffnete er eine Gastwirtschaft. Bis dahin hatte er mit seiner Frau glücklich zusammengelebt. Sein bisheriger Freund P. verkehrte in dem Lokal. Als der Angeklagte eine Reise nach seiner Heimat machte, bekam er einen Brief, daß seine Frau es mit der ehelichen Treue nicht mehr genau nehme. Nach der Rückkehr konnte er feststellen, daß seine Frau sich mit dem Hausfreund wiederholt traf. Zur Rede gestellt, gab dieser sein Ehrentwort, daß „an dem Verdadl nichts dran“ sei. Der Argwohn blieb aber bestehen, und der Angeklagte beobachtete beide weiter. Schließlich sei es ihm gelungen, das Paar nachts in einem Hotelzimmer zu ertappen. Man wurde die Ehe geschieden, aber er wurde wegen Mißhandlung für schuldig erklärt. In jenem Tage habe er wieder eine Kostenrechnung des Anwalts seiner Frau zugeestellt erhalten. Da sei ihm P. in den Weg geraten, und er habe ihm die Rechnung übergeben und ihn aufgefordert, dafür aufzukommen.

P. habe ihm gesagt, er solle sich wegheeren, und da sei ihm die Kasse übergegangen.

Der als Zeuge vernommene Polizeioberwachmeister P. behauptete, daß der Angeklagte gesagt habe, wenn er bis Montag 150 Mark

„Eigene Scholle.“

Ein übler Schwindler zu Gefängnis verurteilt.

Das erweiterte Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Kaufmann Joseph Matzke wegen Betruges zu einem Jahre neun Monaten Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe.

Matzke ist den Strafbehörden nicht unbekannt. Schon mehrere Male mußte er wegen Schwindelverbrechen verschiedener Art belangt und bestraft werden. Die Straftat, die jetzt vor dem Schöffengericht Mitte zur Verhandlung stand, ist deshalb besonders verdammenwert, weil der abgefeimte Betrüger eine in besonderer Nähe wohnende Verleumdung heimlich suchte: Die Menschen ohne Heim und Hddach. Er gründete auf schwindelhaften Unterlagen eine Gesellschaft, die sich „Eigene Scholle“ nannte und Wohnungen nachschaffte, und er verhandelte durch ganz Deutschland Prospekt und Anwerbungen, um Opfer zu fangen. Er versprach das Blaue vom Himmel herunter, oder von vornherein wußte er, daß er seine Anpreisungen nicht mehr machen konnte, und er wollte sie auch gar nicht mehr machen. Er wollte nur Anzahlungen, Provisionen, Kaufionen und wie sich dergleichen schöne Dinge mehr nennen. Er wollte die Wohnungstojen um das Letzte, was sie vielleicht hatten, um das bischen bare Geld berauben. Auf den Schwindler sind leider viele hereingefallen, und erst als es nicht mehr möglich war, alle Betroffenen vor Schaden zu bewahren, kam die Angelegenheit zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft. Neben Matzke sahen seine Handlanger und Gehilfen auf der Anklagebank, Brüder mit der

gleichen Kappe. Auch sie wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. In seiner Urteilsbegründung geißelte der Vorsitzende das Treiben des Schwindlerkontingents auf das schärfste. In einer Zeit größter wirtschaftlicher Not durch gemeine Schwindelereien gerade die am meisten Notleidenden auszubeuten, ist ein Verhalten, das scharfer Sühne bedarf. Die Beweisaufnahme habe zur Gewissheit ergeben, daß das Unternehmen des Angeklagten ein Schwindelunternehmen war.

Der Prozeß gibt für alle, die ohne eigenes Heim, ohne eigene Wohnung sind, eine ernste Warnung. Man kann bei Anwerbungen und Verpflegungen nicht vorsätzlich und bedachtsam genug sein. Ohne genaue Nachprüfung, ohne Erkundigung beim Rechtsanwalt oder bei Behörden sein Geld auf schöne Worte hin weggeben, heißt allzuoft, wie der Berliner sagt, „sein Geld in die Spree schmeißen“.

Wer will helfen, Not zu lindern?

Die Arbeiterwohlfahrt veranstaltet gegenwärtig eine große Wohlfahrtslotterie, deren Reinertrag ausschließlich zur Linderung der Not und zur Erhaltung von Wohlfahrtsvereinigungen bestimmt ist. Das Einzeilos kostet 50 Pfennig. Die Ziehung ist am 19. und 20. Dezember d. J. Die Gewinnchancen bei dieser Lotterie sind ganz ungewöhnlich günstige. 139 674 Gewinne und zwei Prämien im Gesamtwert von 500 000 Mark werden ausgespielt. Der Höchstgewinn ist ein eingetragenes Landhaus. Auch die Hauptgewinne sind Landhäuser, weitere Gewinne sind: Klaviere, Sprechapparate, Küchen, Motorräder, Nähmaschinen, Fahrräder. Wer es wünscht, kann auch Bar-



Er griff mit seinen brillantbelegten, gepflegten Händen an den Rand seines heißen Hutcs, was ein Gruß sein sollte, und entschwand mit seinen beiden Begleitern.

Auf dem Hof stand er einen Augenblick still, wandte sich zu Ludwigs Werkstatt zurück, und klopfte sich mit einer schlendern Bewegung die Rockärmel ab, als ob da Staub läge, den er weghaben wollte. Dann schritt er davon und winkte auf der Straße einer Droßke.

Seine beiden Väter durften zu Fuß nach der Moritzstraße zurück. Sie stundten nicht schlecht über ihren knickrigen Alten. „Die zwei Groschen für die Pferdebahn hätte er doch schmeißen können!“

Himmelsboch, wenn er sie gehört hätte, würde ihnen bestimmt Unrecht gegeben haben. Nein, die zwei Groschen konnte er nicht schmeißen. Der Verlust, den er an Eisermann erlitten hatte, mußte wettgemacht werden.

Die zwei Groschen waren der Anfang dazu.

Die Zeiten waren schwer und blieben es noch lange Zeit. Trotz allem guten Willen, trotz allem eisernen Fleiß, würde Ludwig nicht mehr hochgekommen sein, wenn nicht sein Vater für ihn bemüht gewesen wäre.

Freilich, mit Geld konnte der Schuhmachermelster nicht mehr helfen; die Zeiten, wo er ein paar hundert Mark auf der hohen Kante liegen hatte, waren endgültig vorbei. Aber er half mit Besserem. Unermüßlich warb er für seinen Sohn. Jeden Kunden, jede Kundin, die in den Laden kam, fragte er, ob sie in ihren Haushaltungen keine Arbeit für seinen Sohn hätten. Kleinere Reparaturen und dergleichen. Und er zählte die Dinge des täglichen Gebrauchs an seinen schon merklich zürrig gewordenen Händen auf:

„Haben Sie nicht einen Stuhl zu leimen, Frau? Oder vielleicht schließen am Küchenschrank die Türen nicht dicht. Der Kohlenkasten kann koputt sein oder der Wasserbank fehlt ein Bein. Braucht Ihr Kleines vielleicht einen Gehstuhl? Er wird

billig gefertigt. Gerade darin ist mein Sohn Spezialist, müssen Sie wissen. Oder denken Sie an die feinen, empfindlichen Möbel in ihrer guten Stube. Die Spindtüren klemmen vielleicht. Für den Fachmann ist es eine Kleinigkeit, diesen ärgerlichen Schaden zu beheben, und kostet fast gar nichts. Sie können ruhig nach meinem Sohn schicken. Vielleicht ist an der Kommode etwas schadhaft geworden? An dem Aufsatz fehlt vielleicht ein Säulchen, oder irgendeine Leiste? Wird alles gemacht, gut, billig und schnell, liebe Frau. Ja, was ich noch sagen wollte, hatten Sie nicht mal die Absicht, sich von Ludwig ein neues Stück Möbel bauen zu lassen? Freilich, es ist schon lange her, ja, ich weiß schon, was Sie sagen wollen! Damals hatte der Meister viel zu tun! Was, Sie haben den Wunsch nie gehabt? Dann habe ich mich in der Person geirrt, richtig, wer war es nur. Na, nichts für ungut, liebe Nachbarin, deshalb bleiben wir doch gute Freunde, nicht wahr? Ueberlegen Sie's, vielleicht lassen Sie jetzt mal von Ludwig etwas Schönes zurechtstücken. Mein Sohn ist billig, in der Arbeit aber prima, und weil Sie eine alte Kundin von mir sind, macht er's Ihnen entgegenkommenderweise auf Teilzahlung. Zahlen Sie in Raten ab, wie Sie gerade können. Und was ich beinahe vergessen hätte: mein Sohn poliert Ihnen gerne die ganze Wirtschaft auf. Für lächerlich billiges Geld. Sie erhalten dadurch Möbel, die wie neu aussehen. Das ist besser als neu. Man weiß ja von sich aus, wie man an den alten Stücken hängt. Besonders, wenn man sie noch von den Großeltern her hat. . . Ach, Sie haben nichts, Frau Nachbarin? Ach, das tut mir leid, daß ich Sie so lange aufgehalten habe. Aber bitte, denken Sie vorkommendensfalls an uns. Und sagen Sie es Ihren Nachbarn, bitte, ja sagen Sie es! Die Leute bekommen wirklich gute und billige Ware geliefert!“

Fünf-, sechsmal am Tage stand der Alte hinterm Vodenstisch, packte ein paar Stiefel ein und erzählte den Kunden, die für solche Aufträge in Betracht kamen, diese Litanei. Auch den Kindern, die Stiefel holten, prägte er ein:

„Sag mal, hat Mutter nicht etwas zu leimen im Hausrat? Ist nichts an einem Spielzeug zerbrochen? Bring's her und laß es machen. Sag deiner Mutter, wir machen's billig, 's kostet kaum ein paar Pfennige!“

Auch im Schauenster machte er für Ludwig Reklame, indem er eine große Schrifttafel anbrachte: „Tischlerarbeiten werden hier gefertigt. Auch wird zu leimen angenommen!“

Von da ab hatte Vater Eisermann seinen Spitznamen weg. Die Gassenbuben des Viertels nannten ihn von da ab nur noch der „Leimschuster“, und wie es so geht, bald nahmen

auch die Eltern die spöttische Redeweise auf. Waren ein Paar Schuhe defekt, dann hieß es: „Pack die Treter ein und bring sie zum Leimschuster. Der macht alles billig!“

Sehr bald konnte Andreas Eisermann den Spitznamen, den ihm die Nachbarschaft angehängt hatte. Früher hätte er sich über das Wort zu Tode geärgert, jetzt aber machte er sich nichts daraus.

Leimschuster!

Er trug das Schimpfwort wie einen Ehrentitel. Es konnte ihn nicht verwunden. Im stillen lächelte er darüber. Machten ihm die verstärkten Vausejungen abends auf der Straße nachbrüllen, was sie wollten, die Hauptsache blieb, daß für seinen Ludwig Arbeit hereinkam.

Hundertmal mochten sie „Leimschuster“ schreien, tausendmal. Die Erwachsenen mochten die Köpfe zusammensteden und es hinter ihm herlucheln, er gönnte ihnen den Spaß.

Was die Leute über ihn sagten, war ihm gleichgültig.

Nur einen Wunsch hatte er, nur ein einziges Ziel noch und dafür ließ er sogar seinen Namen durch den Kot schleifen: sein Ludwig mußte wieder hoch kommen!

Wenn die Leute anfänglich auch nur zögernd mit kleineren Reparaturen zu Ludwig kamen oder diese vorn im Schuhladen abgaben, auf die Dauer blieb der Erfolg nicht aus.

Alles geht sich durch im Leben, wenn die rechte Hartnäckigkeit und Beharrlichkeit dahinter steckt.

Ludwig hatte sich einen tragbaren Montagetasten angeschafft, so daß er, wenn er in einen Haushalt gerufen wurde, um nach dem Rechten zu sehen, auch schwierige Arbeiten an Ort und Stelle ausführen konnte.

Vater Eisermanns Lobsprüche waren nicht übertrieben gewesen: der Tischlermeister arbeitete wirklich gut und, was der Rundschaft die Hauptsache war, er arbeitete billig.

Nachdem die Leute erst mal Vertrauen zu ihm gefaßt hatten, erhielt er auch manche Aufträge für Neuansfertigungen. Mit der Zeit kamen sogar recht ansehnliche Arbeiten ein.

Bald mußte er gar nicht mehr, wo er die Zeit hernehmen sollte, um allen Wünschen gerecht zu werden. Wieder schufte er wie früher, in seiner Anfängerzeit, mit zusammengebissenen Zähnen die halben Nächte hindurch.

Kaum vermochte er wieder die Flossen zu rühren, so war sein Wunsch, aus dem flachen Gewässer wieder hinauszu kommen aufs weite Meer. Seine Hoffnung trieb tausend Fühlfüßen aus, irgendwo den richtigen Durchgang zu finden.

(Fortsetzung folgt.)

Vatermord nach 10 Jahren aufgeklärt!

Ein ganzes Dorf gegen den Ermordeten.

Frankfurt (Oder), 10. Dezember.

Vor dem Schwurgericht begann der Prozeß gegen die Ehefrau Schneider und deren Sohn Paul aus Reichenwalde, die beschuldigt sind, vor 10 Jahren den Gatten und Vater ermordet und seine Leiche vergraben zu haben.

Erst vor kurzer Zeit gelang es dem Berliner Kriminalrat Gennat, diesem Verbrechen auf die Spur zu kommen. Er fand die schon fast verweste Leiche und brachte durch zahllose Verhöre endlich Frau Schneider und ihren Sohn zu einem umfassenden Geständnis. Die Angeklagten fühlen sich zwar schuldig, betonen jedoch ausdrücklich, daß sie nur in Notwehr gehandelt hätten. Der Ermordete, Julius Schneider, hat nach den Aussagen von Mutter und Sohn seine Familie in grausamster Weise mißhandelt. Täglich seien alle Familienangehörigen von ihm in brutaler Weise verprügelt worden und immer mehr und öfter tauchte der Wunsch auf, sich des unmenschlichen Familienoberhauptes zu entledigen. Sicher ist, daß aus dieser Situation heraus die furchtbare Mordtat entstand. Die Angeklagten schildern, daß dem Mord, wie so oft, ein Streit vorausgegangen ist. Wieder hat der Vater den Sohn in rohester Weise mißhandelt, da sprang Paul in höchster Erregung aus dem Zimmer, holte einen großen Schraubenschlüssel und schlug mit diesem dem Vater hinterläs den Schädel ein. Die Mutter half ihm dann mit, die Leiche im Hofe zu vergraben. Später schaffte man den Leichnam an ein anderes sicheres Versteck.

Als der Ermordete so spurlos verschwunden war, tauchte wohl sofort der Verdacht auf, daß seine Familienangehörigen ihn ermordet haben könnten. Niemand im ganzen Dorf ging jedoch bei der Sache auf den Grund, da man dem brutalen Menschen keine Träne nachweinte. Die Dorfbewohner schildern als Zeugen den Ermordeten als einen gewalttätigen und äußerst rohen Menschen, der überall Streit ansang und sich in jeder Weise allen Menschen gegenüber als brutales Subjekt zeigte. Die beiden Angeklagten werden von den Dorfbewohnern als gute, geduldige Leute geschildert, denen man nur das beste Zeugnis ausstellen könne. Sie hätten durch Jahre

hindurch ein furchtbares Martyrium auszustehen gehabt und die Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Tat in Notwehr, zumindest aber in einer gesteigerten Affektstimmung begangen worden sei.

„Der größte Spion.“

Haftbefehl gegen einen Schwindler und Betrüger.

Im Februar d. J. versuchte der Kaufmann Adolf Thum einen Betrug in Szene zu setzen, der jedoch mißlang. Er sprach in dem damals noch bestehenden Reichsentschädigungsamt vor und verlangte die Auszahlung von 200000 Mark. Es wurde bald festgestellt, daß die Schriftstücke von Anfang bis zu Ende gefälscht waren. Thum war unter Hinterlassung der Briefe geflüchtet, wurde aber von der Dienststelle D 2 der Kriminalpolizei ermittelt und verhaftet. Im August d. J., als Thum wegen des verurteilten Betruges vor Gericht stand, machte er geltend, daß er der „größte Spion zugunsten Deutschlands“ gewesen sei. Er behauptete, daß er sich bis zum Jahre 1913 in Frankreich und dann in Marokko aufgehalten habe. Dort sei er von den Franzosen gefaßt worden, sein Vermögen sei vernichtet. Aus dieser Erzählung leitete er seine Entschädigungsansprüche her. Das Reichsentschädigungsministerium erklärte im Gegenzug zu diesen Behauptungen, daß von einer Spionagetätigkeit des Thum nichts bekannt sei. Der Prozeß wurde deshalb vertagt. Wie sich jetzt herausgestellt hat, ist Thum plötzlich aus Berlin verschwunden. Seine letzte Wohnung befand sich in der Steglitzer Straße im Westen Berlins. Dort ist er seiner Wirtin nicht nur die Rente in Höhe von 150 Mark schuldig geblieben, er hat auch unter falschen Vorpiegelungen ein Darlehen von 500 Mark herausgelockt. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den flüchtigen Haftbefehl erlassen. Mitteilungen über seinen Aufenthalt erbittet Kriminalkommissar Biffigkeit bei der Dienststelle D 2 im Polizeipräsidium.

bekomme, werde er ihn in Ruhe lassen. In dieser Aufforderung hatte die Anklage versuchte Erpressung erblickt. Der Angeklagte bestritt, Geld gefordert zu haben. Auf Befragen erklärte der Zeuge P., daß er mit seiner Verlobten bis zur Ehescheidung nie Beziehungen gehabt habe, sondern er habe nur in freundschaftlicher Weise mit ihr verkehrt. Die Zusammenkunft in dem Hotelzimmer nachts bestritt der Zeuge nicht, behauptete aber, daß er mit ihr nur eine Zusammenkunft verabredet habe, weil sie von ihm 50 Mark zu einem Mantel haben wollte. Er sei auch nicht halb ausgezogen gewesen, sondern habe sich nur die Schuhschnürer gelöst und den Kragen geöffnet. Nach längerer Beratung beschloß das Gericht, den Zeugen P. zu verurteilen. Der Staatsanwalt erklärte, daß an dieser Stelle nicht nachzuprüfen sei, ob der geleistete Eid richtig sei. Erpressung und Rötigung sei nicht erwiesen. Die Beleidigung sei sehr milde aufzufassen, weil der Angeklagte in dem Zeugen nicht einen Beamten, sondern seinen Nebenbuhler gesehen habe, der seine Ehe zerstört habe. Er beantrage 400 Mark Geldstrafe.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 80 Mark Geldstrafe, weil ihm infolge des merkwürdigen Verhaltens des Zeugen P. reichliche Milderungsgründe zur Seite ständen.

Die Todesfälle im Maastal.

Abgase der Zinkwerke wurden im Rebel gelöst.

Brüssel, 10. Dezember.

Die Zahl der Todesopfer im Maastal beträgt nach offiziellen Angaben 67, die Zahl der in den Krankenhäusern liegenden Kranken wird mit etwa 100 angegeben. Alle Kranken befinden sich außer Lebensgefahr. Die Sachverständigen, die die Untersuchung über das mysteriöse Massensterben führen, neigen zu der Ansicht, daß die Epidemie durch Ausdünstungen der Zinkwerke verursacht wurde.

Der Vorgang wird so erklärt: Das aus den Schloten der Werke strömende Schwefel-Anhydrid hat sich in dem dichten Rebel wie in Wasser aufgelöst, so daß Schwefelsäure in Lösung entstanden ist, die von allen Personen, die die Rebelzone passierten, eingeatmet wurde. Der Sachverständige Dr. Fritts und der holländische Spezialist Professor van Leeuwen, die an Ort und Stelle Analysen und Leichenöffnungen vorgenommen haben, beschließen durch Laboratoriumsversuche den Vorgang zu wiederholen und durch Vergleichung von Spektroanalysen festzustellen, ob ihre Hypothese zutrifft.

Eine Frau und fünf Bräute.

Zwei Jahre Gefängnis für einen Heiratschwindler.

Fünf Frauen im Alter von 50 bis 65 Jahren traten vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte als Zeuginnen gegen den schon zweimal wegen Heiratschwindels verurteilten Rusker R. auf. Sie alle waren um die Hoffnung, unter die Haube zu kommen, durch den Rusker betrogen worden und in mehr oder weniger großem Umfang ihre Ersparnisse losgeworden. R. ist dabei selbst verheiratet. Das hat ihn aber nicht gehindert, die Bekanntschaft von Frauen zu suchen und ihnen gleich nach dem zweiten Zusammensein zu eröffnen, daß sie seiner Neigung entsprächen und er sie heiraten wolle. Dabei hatte er sich als Oberzolllsekretär ausgegeben. Bei der zweiten Frau war er schon Zollinspektor geworden und bei der dritten Oberzolllinspektor. Er wies den Bräuten auch eine selbstangefertigte Bescheinigung des Amtes vor, daß er auf Lebenszeit angestellt sei. Bald brauchte er Geld, und die jeweilige Braut mußte ihm aus der Verlegenheit helfen. Nur in einem Falle hatte der Angeklagte wenig Glück. Als er von seiner „Braut“ auch Geld verlangte, verwies sie ihn an ihren Schwager, der ihre Ersparnisse verwaltete. Sie sagte dabei, daß sie ein sehr verständiger Mann, der ihm das Geld schon geben werde. Der Angeklagte fiel aus den Wolken, als er hörte, daß der Schwager Kriminalbeamter sei. Er zog es dann vor, ohne Geld auf Rimmerwiedersehen zu verschwinden. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust.

Praktikanten und Sparmaßnahmen.

Wir werden um die Aufnahme des Folgenden gebeten: Die Stadt Berlin hatte in ihrem letzten Haushaltsplan 40 000 M. als Ausbildungsbeihilfe für notleidende Schüler in der sozialpädagogischen Ausbildung und 40 000 M. Sozialpraktikantengelder angelegt. Die Ausbildungsbeihilfen sind bewilligt worden für Schüler der Wohlfahrtschulen oder für die Bezahlung einer halbtägigen praktischen Arbeit, die die Wohlfahrtschüler leisten, um sich etwas zu verdienen. Die Sozialpraktikantengelder sind besonders bewilligt worden als Entgelt für das Praktikum, das die Schüler der Wohlfahrtschulen nach staatlicher Vorrichtung während eines Jahres nach bestandener Examen bis zur Bewilligung der staatlichen Anerkennung als Wohlfahrtschüler durchmachen müssen. Die Stadt Berlin gibt bis jetzt als Zuschuß für Schüler oder das Praktikum während der Schule 75 M. und für das Berufspraktikantensjahr 100 M. pro Monat. Am 1. Dezember 1930 wurden plötzlich die 100 M. um 15 M. verringert und nur noch 85 M. zur Auszahlung gebracht. Diese Maßnahme des Finanzdezernenten haben das Landeswohlfahrts- und Jugendamt noch schnell rückgängig gemacht. Ab Januar 1931 aber soll eine Kürzung sowohl der Praktikantengelder während der Schulzeit, als auch der Bezahlung des Berufspraktikantensjahres vorgenommen werden, um im neuen Etat die gesamte Position einschränken zu können. Wir halten diese Maßnahme für unerträglich. Ein Fonds von 40 000 M. oder auch zwei von insgesamt 80 000 M. spielen beim Wohlfahrtsset der Stadt Berlin überhaupt keine Rolle. Die Mittel aber sind von großer sozialer Bedeutung für die Wohlfahrtsausbildung. Selbstverständlich findet die Stadt Berlin genug Schüler und Schülerinnen von Wohlfahrtschulen, die die Praktikantenarbeit für eine noch schlechtere Bezahlung oder umsonst leisten. Das sind solche, die einen Rückhalt an ihrem Elternhaus haben, die wohlhabenden Schüler. Die jungen Menschen aus der Arbeiterklasse, die jetzt in diesen Beruf eindringen, brauchen aber unbedingt während ihrer Praktikantenarbeit, bei der sie ja auch für die Stadt Berlin Arbeit leisten, Bezahlung. Die Stadt Berlin gibt ohnehin ein billiges Beihilfengeld. Daß sie es jetzt kürzen oder noch weniger Schüler teilnehmen lassen will, ist untragbar. Bei der Beamtenbefolgungs-

Polizei und Faschismus.

Es ist ein Verdienst der Vereinigung für politikwissenschaftliche Fortbildung, ihre Mitglieder in Wort und Schrift zum staatsbürgerlichen Denken zu erziehen. Der letzte Vortragsabend der Vereinigung brachte Referate von Universitätsprofessor Dr. Heller und Kriminalkommissar Klingelhöller.

Die Polizei nimmt im Volksstaat — so führte Dr. Heller aus — eine ganz andere Stellung ein, als im alten absolutistischen Staat. Ihr Dienst ist unendlich schwieriger und verantwortungsvoller, er spielt in einem geistigen Ringen um die Selbstdisziplin. Die Demokratie kennt weitestgehende Freiheitsrechte auch für die Minderheiten, auch bei den Angriffen der Staatsgegner darf die Polizei das letzte und gefährlichste Mittel des Staates, die Gewalt, nur im Sinne des Gesetzes anwenden. Ganz anders wirkt sich die Polizeigewalt in der Diktatur aus, die sich letzten Endes auf der Höhe aufbaut, das ganze Volk sei der Meinung des Diktators. Dieser wird mit aller Macht seine Willensbestimmung durchzubringen versuchen, schon um den diktatorischen Gedanken nicht zu gefährden. Der Polizei fällt die Aufgabe zu, alle abweichenden Meinungen zu übermähen. Ein ungeheures Spezialheer von Spitzeln und Polizisten bedient die Faschismus. Der Redner schilderte an einem Beispiel, wie durch drei Spitzelgruppen die in Berlin lebenden Italiener überwacht werden. In Italien darf kein Plakat, nicht einmal ein Leichenstein öffentlich ohne Genehmigung aufgestellt werden. Die Zeitungen stehen unter strengster Zensur und sie erhalten tägliche Anweisung, was veröffentlicht werden darf oder nicht. Neben der Beseitigung der Pressefreiheit besteht die Beseitigung der richterlichen Freiheit. Die Urteile ergehen nur im Sinne des Faschismus. Unmöglich ist es, daß militärische Verhaftungen in Massen erfolgen, daß Personen ohne Verhör, ohne Anklage Monate hindurch eingekerkert werden. Jede richterliche Kontrolle der Polizeitätigkeit ist beseitigt. Die Beamten selbst sind dieser politischen Unsicherheit ausgesetzt und können ohne

Nennung des Grundes kurzer Hand aus ihren Ämtern entfernt werden. Denunziantentum und Spitzelwesen blühen in Reinkultur. Die Diktatur kann nur willenslose Werkzeuge ihrer Macht gebrauchen, das zeigt sich in Italien wie in Rußland. Am schlimmsten wirken sich die militärischen Ausnahmeerlässe aus, die über die polizeiliche Exekutive gesetzt sind. 3500 Jahre Zuchthaus hat dieses Spezialtribunal seit dem Jahre 1924 bis heute in Italien verhängt; in den meisten Fällen traf es wohl Unschuldige. Der Polizist ist in die wenig beneidenswerte Lage des Büttels einer politischen Parteilichkeit gedrängt; er übt den Dienst gegenüber solcher Ungerechtigkeit schließlich nur widerwillig aus. Da er selbst unfrei und geistlos handeln muß, so wird er der Mann mit dem schlechten Gewissen. Der Faschismus benötigt zur Niederdrückung jeden Freiheitsgefühls ein Heer von 300 000 Militärs neben dem stehenden Heer und zirka 150 000 Polizisten und Spitzeln. Die Konsequenzen, die man aus diesen Tatsachen zieht, wären: die großen sozialen und sozialen Aufgaben einer Volkspolizei noch mehr im Volk zu verankern. Man kann in der Demokratie die Auseinandersetzung der sozialen Klassen nicht mit Polizeimitteln hindern. Wie die Demokratie die Klassen zur Selbstbeherrschung und Selbstgesetzgebung erziehen will, so muß auch die Polizei als Volksgewalt klar und eindeutig dem demokratischen Prinzip in den eigenen Reihen huldigen.

Wie sich der moderne Polizeigedanke im heutigen Staat verankern läßt, dieses Thema erörterte als zweiter Redner Kriminalkommissar Klingelhöller. Er wies auf die Möglichkeiten besserer Schulung der Polizeibeamten und Anwärter hin, ebenso auf den Ausbau der Organisation. Der Beamte müßte durch Gesetz und Stärkung des Gemeinamtsgefühls eine größere Bindung und Verbindung zum Volksgang finden.

Der Vorsitzende der Vereinigung, Dautta, hob in seiner Schlussansprache hervor, daß die Berliner Polizei sich niemals als willensloses Werkzeug einer faschistischen Diktatur gebrauchen lassen würde.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt

Achtung! Weihnachtslotterie!

Kreisleiter! Kreisleiterinnen! Lose, die sich noch im Besitze der Kreise und Abteilungen befinden, können nicht mehr zurückgenommen werden, sondern gelten als fest verkauft. Schlussabrechnung der Lose muß bis zum 17. und 18. Dezember 1930 spätestens erfolgen, vor dem Ziehungstermin am 19. u. 20. Dezbr. 1930.

Kürzung der Regierung Brünning bleiben 1500 M. frei; die Stadt Berlin will schon bei 900 M. Kürzen um mehr als 6 Proz.

Gerade die Proletarierstadt Berlin hat die Aufgabe, bezahlte Praktikanten zu beschäftigen und sie erträglich zu bezahlen. 20 000 Mark sparen mit dem Erfolg, nur wohlhabende Mädchen in den Wohlfahrtsberuf zu lassen, ist eine zu teuer bezahlte Sparmaßnahme.

Die antisozialistische Kundgebung in Friedrichshagen, in der Genosse Hoegner-München unter begeisterter Zustimmung der Versammlung sprach, hat sich durch einen Druckfehler in unserem Bericht in eine „Versammlung am Friedrichshagen“ verwandelt. Wir möchten, um Irrtümern vorzubeugen, dies ausdrücklich feststellen.

Radiochau der Arbeiter-Amateure.

Am Sonnabend, dem 13. Dezember 1930, um 11 Uhr, wird in „Vogels Fesseln“, Bräudenstraße 2, eine Radiochau der Arbeiter-Amateure eröffnet, die leider nur bis zum Sonntag, dem 14., bei einer täglichen Sprechungszeit von 10 bis 22 Uhr dauern wird. Den Ehrenvorsitz hat Genosse Professor Hans Baluschek. Die Schau umfaßt die Gebiete der Empfangs- und der Sendetechnik, des Bildfunks, des Fernsehens und der an die Radiotechnik angrenzenden Wissenschaften mit vielen in Betrieb befindlichen Experimentiergeräten und technischen sowie kulturellen Anschauungsmaterialien. Daneben laufen Lichtbildvorträge technischer und kultureller Natur, die jeden Besucher zum Nachdenken anregen. Im Zusammenhang mit der Ausstellung findet in der Stunde des Arbeiters am 13. Dezember (19 bis 19.25 Uhr) auf der deutschen Welle ein Zwischengespräch über das Thema: „Der Radiobastler an der Arbeit“ statt. Es wird die These verfochten werden, daß der Bastler immer noch lebt.

Vom Autobus überfahren. Am Montag dieser Woche, abends 7 Uhr, wurde in der Frankfurter Straße Ecke Fruchtstraße der Tischler Hermann Zeuge von einem Omnibus der Linie 19 überfahren und getötet. Zeugen, die diesen Vorfall beobachtet haben, werden gebeten, ihre Adresse einzuschicken an Zeuge, Friedenstr. 86.

Tausende Aerzte gebrauchen **Traumaplast**, den besten Wundverband. Zu haben in Apoth.u.Drog.in Pack von 20, 25 u. 30 Pfg. an.

Kunst in der Schule.

Das Bezirksamt Prenzlauer Berg hat in der 279. Schule, Pasteurstr. 4/5, einen Kunstraum geschaffen, der einer Schul-Kunstaussstellung als Rahmen dient. Grüne Rippenhänge umrahmen die Fenster, grüngraues Linoleum bedeckt den Fußboden; für gute Beleuchtung ist gesorgt. Eine gefeilte Holzleiste, in der Farbe des Raumes eingestrichen, befindet sich unterhalb der Decke, so daß die Bildwerke zweckmäßig an Messingdraht aufgehängt werden können. Alles Schulmäßige, was so schnell ernüchert und Erwachsene an die frühere Schulzeit ungerne erinnert, ist geschwunden. Bilder und Plastiken lebender Künstler, von interessierten Lehrern und Künstlern gemeinsam ausgesucht, sind überflüssig und wirksam untergebracht, wollen Freude spenden, Stunden der Erhebung geben und auf den Jugendlichen einwirken. Die Kunst kommt zu den Kindern, spricht zu ihnen! Der Kunstraum soll allen Schulen des Bezirks dienen. Der „Bund für Kunst-erziehung“, seine Geschäftsstelle befindet sich Klosterstr. 75, stellt kostenlos die Kunstwerke zur Verfügung; nach einigen Monaten findet ein Austausch statt. Auf eine zehnjährige Erfahrung kann der „Bund“ zurückblicken; in dieser Zeit fanden insgesamt 219 Ausstellungen statt, die von über 535 000 Menschen besucht wurden. Man geht von dem Gedanken aus, daß die Museen den Kindern zu viel zeigen, vieles, was ihnen geistig und seelisch zu fern liegt; es ist keine Einstimmung möglich. Immer wieder sollen die Kinder die Bilder ungehindert betrachten, den Weg zum Wollen des Künstlers finden, der ihnen durch sein Werk entgegenkommt.

Überall in der Schule mit seinen breiten Korridoren, so zeigen einige Schülerarbeiten, die an den Wänden hängen, wie der neuzeitliche Zeichenunterricht in der Bildgestaltung den Arbeitsweg befreit, der zum Einfühlen in das Kunstwerk führt. Der Zeichen- und Kunstunterricht, der früher namentlich Wert auf ein technisches Können legte, der das Nützlichzeichnen erstrebte, hat heute als Ziel die Weckung der schöpferischen Kräfte des Menschen, er kommt dem Gestaltungswillen des Kindes entgegen, gibt ihm Gelegenheit zur Auswirkung in einer großen Zahl von Ausdrucksmitteln. Viele Erlebnisbilder, die die Kinder gestaltet haben, finden sie als reife Arbeit in der Ausdruckssprache des Künstlers. Unter den Künstlern, die ihre Werke für die Erziehung durch die Kunst zur Verfügung stellen, befinden sich die bekanntesten Namen. Von den Meistern sehen wir eine Maske und die Büste des Musikers C. Fischer, von Professor Kraus eine Skulptur in hohler Stellung und den Kopf von Heinrich Heine; der Meister, der mit dem Volke lebte, der seine Not und Sorgen täglich gesehen und tief erlebt hat, oft mit weinenden Augen, blickt hier auf die Menschen, die er so oft in allen Situationen geschaffen hat.

Auf dem Tisch im Kunstraum liegt eine Mappe mit Graphit aus; Arbeiten von Bartino, Büttner, Feyerabend, Wolf Röhrich, Käthe Kollwitz und andere sind hier ausgelegt. Tiefe Wirkung auf die Kinder dürften ausüben die Graphiken der Käthe Kollwitz, „Besuch im Krankenhaus“, „Gefangene, Musik hörend“ und das Selbstbildnis der Künstlerin.

Es kommt nun darauf an, daß die oberen Schulklassen des Bezirks den Kunstraum besuchen und sich in den künstlerischen Gehalt der Werke einlesen, das Kunstwerk als ein Ganzes betrachten. Die Leiterin des Kunstraumes, Lehrerin Frau Müller-Witt, steht gern für Auskunft und Führung zur Verfügung.

Die todsicheren Tips.

Das war wieder ein Schwindler, der genau wußte, wie man es anstellt, um Dummie zu fangen. Am Plataner hatte ein Mann, der sich „Richard Weh“ nannte, ein Zimmer gemietet und eine Kontoristin engagiert. Er verschickte an Wettlustige Listen mit Kennzeichnung von Pferden, die nach seiner Versicherung bestimmt gewinnen und hohe Quoten bringen würden. Er veranlaßte die Wettler, durch ihre Gelder anzulegen. Im Falle des Unverständnisses sollten die Beträge durch Nachnahme eingezogen werden. Viele von denen, die trotz der Not der Zeit nicht alle werden, sandten auch Geld, andere waren vorsichtig und benachrichtigten die Polizei. Als Kriminalbeamte in dem Büro erschienen, war nur die Angestellte zugegen, die nicht viel Auskunft geben konnte. Sie hatte lediglich den Auftrag, zu schreiben und die einlaufenden Gelder in Empfang zu nehmen, bis der „Chef“ kam. Während die Kriminalbeamten das Büro noch durchsuchten, erschien der Postbote und brachte 40 Einzahlungen, die sofort beschlagnahmt wurden. Der angegebliche Weh hatte wohl beobachtet, daß man ihm auf die Schliche gekommen war, und ließ sich weder an diesem Tage noch später wiedersehen.

Um Friedenau Wasserversorgung.

Bekanntlich war der Wasserversorgungsvertrag für den Ortsteil Friedenau durch die Stadt Berlin zum 1. Januar 1930 gekündigt worden. Die Charlottenburger Wasser- und Industriewerke AG., Berlin, beanspruchte das Recht, die an ihre Rohrnetz angeschlossenen Grundstücke auch weiterhin mit Wasser zu beliefern. Dieses Recht ist ihr von der Stadt Berlin durch eine Feststellungsklage streitig gemacht worden. Nachdem bereits das Landgericht und das Kammergericht die Klage der Stadt Berlin abgewiesen hatten, ist nunmehr der 7. Zivilsenat des Reichsgerichts

Freudlose Weihnachten.

Krüppel und Blinde bitten — aber der Tisch bleibt leer!

Besonders traurig sieht es in diesem Jahre mit der kleinen Weihnachtsfreude all derjenigen aus, für die daheim kein Weihnachtstisch bereitet wird, die bloß am Gabentisch der öffentlichen Wohlfahrt einen schwachen Abglanz der Festesfreude erhaschen. Und hier wird in diesem Jahre der Weihnachtsmann nur spärlich, allzu spärlich Freuden spenden können.

Am härtesten werden von dieser Einschränkung jene Armen betroffen, bei denen sich zur wirtschaftlichen Not auch noch die körperliche Geistes und darum deren Dasein so unendlich wenig Augenblicke der Freude hat. Ihnen immer wieder zu zeigen, daß sie nicht vergessen sind, ist mehr als eine weihnachtliche Geste, es ist für sie der Glaube an ihr Menschentum überhaupt, den man ihnen wiedergibt!

Der allgemeine Blindenverein, der über 800 Mitglieder zählt, kann in diesem Jahre nicht einmal seine traditionelle große Weihnachtsfeier abhalten, weil er mit leeren Händen kommen müßte. Bisher war es immer noch möglich, jedem Mitglied ein kleines Geldgeschenk zu machen, aber die Kassen sind jetzt leer, Kranke und besonders Bedürftige müßten im Laufe des Jahres damit unterstützt werden. Für das letzte Geld wurde noch in letzter Minute ein Bittschreiben an wohlthätige Menschen ausgehändigt, aber es sieht gar nicht so aus, als ob damit viel erreicht würde.

Taubstumme Kinder hungern!

Über 5000 Taubstumme gibt es in Berlin; davon erhalten nur 24 ganz besonders bedürftige Familien eine weihnachtliche Sonderbeihilfe! Und was es da für grenzenloses Elend gibt, davon kann man sich erst einen Begriff machen, wenn man erfährt, daß neben einer übergroßen Ziffer Alter, Kranker und Arbeitsloser sich eine Familie befindet, die allen Sommer der Welt auf ihren Häuptern trägt: Der Mann schwer lungenkrank, seit Jahren erwerbslos, die Frau, an einem Abortus schwer erkrankt, und vier taubstumme Kinder leben mit den Augen um Brot!

Die Körperbehinderten, die ja überhaupt nicht zu den staatlichen Unterstützungsempfängern zählen und sich deshalb zu einem Selbsthilfebund zusammengeschlossen haben, leiden auch schwer unter der

Not der Zeit. Von den kleinen Mitgliedsbeiträgen soll immer viel für den Verband geleistet werden und so schmückt der Kassenbestand wie Schnee im Märzwind. Die Schwerhörigen, die Alten und die Stetten und noch eine ganze Reihe von Wohlfahrtsempfängern, sie sehen einem recht traurigen Fest entgegen. Gewiß, man wird das Mögliche für sie tun, aber es ist wenig, allzu wenig, gemessen an ihrer übergroßen allgemeinen Bedürftigkeit!

Die Puppe im Gefängnis . . .

Und wie wird es bei den Gefangenen am Weihnachtsabend aussehen? Die Gefangenenführerinnen, die jedes Jahr für ihre Schützlinge mit ganz beschneiten Mitteln eine Weihnachtsfreude schuf, erklärt traurig, daß es in diesem Jahre wohl nicht einmal damit etwas werden wird. „Die Bilder habe ich wieder gesammelt, aber ich brauche Geld für Papier und ich getraue mich einfach nicht, dies zu verlangen. Und sie berichtet, wieviel Verbitte-rung und dumpfe Verzweiflung mit diesem kleinen Nichts gemildert wurde. Daneben gab es dann noch keine praktische Geschenke, wie warme Handschuhe für den Gang ins Freie, warme Unterwäsche für die Frauen. Alles, alles muß diesmal unterbleiben. Dann erzählt sie noch ein ganz rührendes Erlebnis aus ihrer Praxis. Eine 27jährige Gefangene, die in ihrem ganzen Leben noch keine Puppe im Arm gehabt hatte, wünschte sich zu Weihnachten ein Püppchen und bekam es auch. Trunken vor Freude rief sie immer wieder: „Dazu mußte ich erst ins Gefängnis kommen, um meine größte Freude zu erleben!“ Wieviel Helle und Wärme strahlt in trostloses Dunkel, wenn man die Menschen als Leidensgenossen wertet. . . .“

Weihnacht in qualvoller Ungewöhnlichkeit der Unterbringungshaft und steter Sorge um unschuldig leidende Kinder, Frauen, Mütter zu durchleben, ist ein besonders bitteres Los. Wer hilft uns, diesen selbstschmerzlichen Herzen durch eine Spende eine Weihnachtsfreude zu machen? Geben jeder Art werden erbeten an den „Fürsorgereis des Untersuchungsgefängnisses“, Alt-Boobitz 12a, (Postfach 117 951 Berlin). J. H. des Herrn Dr. Klatt.

Achtung, Parteiveteranen!

Diesigen Genossinnen und Genossen, die vor und während des Sozialistengesetzes für die Partei tätig waren, werden hiermit freundlich mit Ihren Familienangehörigen eingeladen zum gemütlichen Beisammensitzen am **Sonntag, 13. Dezember, 19 Uhr** im gr. Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25 Musik — Gesangsvorträge des Ebert-Manz-Quartetts L. A. Wilhelm Grödel

durch Urteil vom 9. Dezember 1930 dem Standpunkt der Charlottenburger Wasser- und Industriewerke AG. beigetreten. Danach verbleibt die Wasserversorgung von Friedenau auch weiterhin bei der Gesellschaft.

Mandolinenzert im Norden.

In der Aula der Heinrich-Schlemann-Schule, Steinstraße, konzertierte die Berliner Mandolinenvereinigung Nordische Klänge 1905. In statilicher Besetzung aller Sängergewandten Instrumente weitest der Mandoline überheller Tenor mit der dunkler gefärbten Gitarre und dem weich-melodischen Bariton der Laute; ab und zu riskiert auch der tiefe Brummhörn der Bassgeige einen Ton aus tiefsten Tiefen. Solch Juppkonzert hat immer etwas ungemein Lebendiges, das häßt und trillert in den schwindeligen Höhen, und das Zusammenspiel der einzelnen Instrumente ergibt Wirkungen von ganz eigenartiger Klarheit. Mit dem Krönungsmarsch aus „Propheet“ wird das Konzert eröffnet, dann folgt Suppes Duvertüre zu „Reichte Kavallerie“, die sich mit ihren vielen fröhlichen Staccati ganz besonders gut für Mandoline eignet. Aber auch schwingenden Walzerböden und sanften Liebesliedern wurde das gut eingestimmte Orchester gerecht. Eine „Mandolnata“ und Lucio's forscher „Florentiner Marsch“ kamen ganz besonders gut zur Geltung und sicherten den Musikern viel Beifall.

Eine Siebzigjährige, Genossin Wilhelmine Erbe, Baum-schulenweg, seit 1888 Leiterin des „Vorwärts“ bzw. „Berliner Volksblatt“, begehrt am 13. Dezember ihren 70. Geburtstag. Frau Erbe, die heute noch an den Bestrebungen der Partei regsten Anteil nimmt, ist die Witwe des im Jahre 1918 verstorbenen, den älteren Genossen des ehemaligen 4. Berliner Reichstagswahlkreises (Südost) bekannten Wilhelm Erbe, der längere Zeit (1894) als Wahlvereinsvorsitzender im genannten Kreis fungierte.

Am heutigen Donnerstag, dem 11. Dezember, begehen Genosse Julius Bieweg und seine Frau Martha, Zichenstr. 71, Seitenflügel, das Fest der goldenen Hochzeit.

Die Fratell vor den Berliner Kindern. Die Direktion der Scala hat sich bereit erklärt, ihre Gesamträume mit dem Fratell-Ensemble für eine Kindervorstellung am Freitag, dem 12. dieses Monats, nachmittags 14½ Uhr, kostenlos dem Vandesjugendamt zur Verfügung zu stellen.

Plaza. In der ersten Dezemberhälfte bringt die Plaza wieder ein ausgezeichnetes Programm. Als gute Turner am Redbor zeigen sich die beiden Sturms. In unübertrefflichen equilibristischen Reaktionen die zwei Eriksons Brothers. Eine gute Hundepantomime zeigt Gaudier. Viel belacht wurden Meier und Wagner. In ihrem Trampolnakt pesteten die 4 Kollis. Die zweite Hälfte des Programms nehmen Karl Schaeffers Illusionen für sich in Anspruch. Sie stellen einen kleinen Zirkus für sich allein. Man kann sie als Reiter, Tänzer, Dressurkünstler und als Musiker bewundern.

Premiere im Kindertheater. Dem kleinen Publikum, das auf der Einladung der Reedererei Robbing und des Waren-hauses Karstadt jetzt in der Weihnachtszeit Dampfstrahltempo Märchenvorstellungen in Schönweide unternimmt, wurde nach einer wohlgeleiteten „Kollis“, Aufführung nun ein zeitgemäßes Weihnachtsspiel „Hallo, hier Weihnachtsmann“ kreiert. Da regnet es nun einmal nicht egal Freude und reichliche Geschenke — dann wäre es ja auch nicht zeitgemäß — nein, da ist ein tapferes und kluges Arbeiterkind geschäftig, das dem treulosen Weihnachtsmann der armen Leute selbst den Weg weist. Aus eigener Kraft arrangiert sie den weihnachtlichen Freudenrummel und das kam so: Nachdem der unbarmherzige Gerichtsvollzieher das letzte Möbelstück mit sich nahm und der Eltern Trostlosigkeit am Höhepunkt angelangt war, trat sie in Aktion. Da las sie bei einem Besuch im Warenhaus Karstadt, daß derjenige, der die schönste Weihnachtsgeschichte erzählen kann, einen Guldschein und damit die Aufmerksamkeit auf eine Menge schöner Sachen erhält. Und wie sie da so des Abends sinnierend im Puppenlager umherstreifend, wird sie verheerlich inmitten der Puppengesellschaft mit eingeschlossen, sie schläft ein und erlebt im Traum soviel Schönes, von Bären, Schupos, und der lustigen Riesenmaus, daß sie am nächsten Tage mit ihrer prima Weihnachtsgeschichte den gestifteten Preis erringt. Nun haben Vater, Mutter und die kleine tapfere Inge auch ihr schönes Weihnachtsgeschenk. Die kleine Gesellschaft unterhielt sich prächtig und erlebte voll Freude ein Märchen, das in all seiner Lebensfrische eigentlich gar keines mehr ist.

Neue Rezepte sind allen Hausfrauen willkommen, besonders dann, wenn sie solche auch schwächeren Konsoliditäten anpassen lassen. Dießen Umstand hat die bekannte Firma Dr. August Oetzer, Bielefeld, Rechnung gezogen durch Herausgabe einer neuen Sammlung wohlerprobter Baderezepte, von denen eine große Zahl bisher noch nicht veröffentlicht wurde. Das fast 100 Seiten starke Buch ist mit 13 farbigen Bildern ausgestattet und enthält außerdem viele wichtige Winke und Anfälle für die Hausbäderer. Die Sondergruppe „Weihnachtsbad“ dürfte jetzt großes Interesse finden. Beachten Sie bitte die heutige Anzeige.



Leopold Gadial

Das Haus für grosse Weiten

Und nochmals einige Beispiele für Gadials Leistungen zu Weihnachten!

Hervorragend gute und unfaßbar billige Geschenk-Gegenstände stehen Ihnen auch sonst an allen Lägern in unermesslicher Auswahl zur Verfügung.

Ein großes Sortiment:

a) Schöne **Nachmittags-Kleider** aus kunstseidenem Marocain, Veloutine u. anderen Stoffen, in mod. Verarbeitung.

b) Feine **Twced-Kleider** mit hübschen Kragengarnierungen, Faltenrock, in schöner Verarbeitung sämtlich auch bis Gr. 54 vorrätig.

nur 19.-

Besonders günstiger Gelegenheitskauf:

Bildschöne **Pelzmäntel** in vielen Pelzarten

Serie I nur **89.-**

Serie II nur **125.-**

Braune und schwarze **Fohlenmäntel** in elegant. Verarbeitung. Serie III nur **150.-**

Ideale Weihnachtsgaben sind Morgenröcke deren Lager eine uner-schöpfliche Fülle einfacher und auch eleganter Exemplare enthält. Die Preise für diese prächtigen Gewänder sind **aufs Aeufferste gesenkt worden.**

Alle Badesachen in größter Auswahl!

Darunter: Reinwollene **Badeanzüge** in vielen Mustern . nur **6.-**

Vortreffliche Weihnachts-Geschenke!

Damen u. Herren-Pyjamas . . . nur **7.50**

Herren - Nachthemden m. einf. wachst. Besatz, nur **5.50**

Damen - Nachthemden farbige . . . nur **3.50**

Dowlas-Laken gute Qualität, 150/225 . nur **4.75**

Hemd-hosen reinesidene, farbige nur **10.00**

Praktische und kleidsame Trainings-Anzüge aus guten Trikotstoffen, in vielen Farben, für das Alter von 4-14 Jahren in drei Serien: **5.- 6.- 7.-**

Hochelegante Damenschirme mit prächtigen Streifen - Bezügen u. aparten, schönen Griffen auf 16teil. Muhl-gostollen **nur 7.-**

Edward Stilgebauer: Der Sultan von Koweit

Ali Ben Mandeb, der Sohn der Tränen, war 17 Jahre alt und Sultan von Koweit. Den Namen hatte ihm der Vater gegeben, nachdem die Favoritin, die ihm das Leben geschenkt, bei seiner Geburt gestorben war. Den Thron das Schicksal, das Ali Ben Ali, seinen Erzeuger, noch nicht vierzigjährig, auf der Löwenjagd ums Leben kommen ließ.

Zu Häupten seines Königspalastes glütete die arabische Sonne, und über den Gärten seiner Dächer wühlte sich die Kuppel des Himmels wie ein geschlossener Saphir. Tausend hundert silberweiße indische Frauen stützten zwischen den blühenden Rosenstöcken der Hecken und schlugen zur Freude Ali Ben Mandeb das kreisrunde Rad. Dreißig zahme Fasanen aus Birma und Siam gehörten seiner lockenden Stimme und fraßen die goldenen Körner aus seiner flachen Hand.

Wenn er den Königsmantel und die Krone nicht trug, sah er aus wie ein schwindluchtiger Knabe, aber wenn er den Schmuck angelegt hatte, verschwand er unter der gewaltigen Pracht. Dreifach war die Krone aus schwerem Gold, die ihm den Nacken niederdrückte, und in der Mitte ihres dritten Reifes leuchtete ein grasgrüner taubeneigroßer Smaragd.

Vielleicht hundert Mädchen aus den Rosengebirgen von Schiras hatten zehn Jahre lang an dem Mantel geknüttelt, den Ali Ben Mandeb trug. Sein breiter Saum bildete in Bildern die Geschichte des Propheten und sein wallendes Schulterstück war aus purpurfarbener chinesischer Seide gewebt. Blutrote Rubin aus Kathapura, afrikanische Diamanten und leuchtend gelbe Topase aus den Felsenklüften des Himalaya besäten die Schleppe, die von zehn ebenholzschwarzen Kublern getragen wurde, wenn Ali Ben Mandeb sich von dem goldenen Throne seiner Väter erhob.

Schätzehundert Frauen und Mädchen harhten in den Serails des königlichen Palastes, aber er liebte nur die Scheherazade, die ihm in der Stunde des Sonnenunterganges, wenn er das Gebet gesprochen hatte, Märchen aus dem Buche des Harun al Raschid las.

Denn Koweit lag an der großen Handelsstraße, die von den Ufern des Persischen Golfes durch die fruchtbaren Niederungen des Euphrat und Tigris in des Kalifen wunderbare Zauberstadt führt.

Da trat eines Morgens Sela Pascha, der alte Ratgeber seines Vaters, den Ali Ben Mandeb in seinen Diensten besahen hatte, vor die Stufen des Herrschers Thrones, auf dem der Sultan von Koweit saß, um des Regierens schwere Geschäfte zu üben. Er verneigte sich dreimal tief mit gekreuzten Armen, so daß seine spitze Nase den gestampften Estrich der königlichen Halle verührte und sprach:

„Erhebe dich, Ali Ben Mandeb, von dem goldenen Throne deiner Väter und steige mit mir auf das Dach meines Palastes und schaue, was sich von Osten kommend der Hauptstadt meines Landes naht.“

Ali Ben Mandeb erschauerte. Aber Sela Pascha lächelte. „Es ist kein Feind, Herrscher der Herrscher, und du hast nichts zu sorgen, so lange das Auge des alten Sela Pascha über dir und deinem Throne wacht!“

„Das weiß ich, Sela Pascha,“ stammelte der Sultan, reichete dem Alten huldvoll die Hand und stand auf.

„Weibe, Herrscher der Herrscher,“ fuhr Sela Pascha da fort, „und warte, bis ich dir Bericht erstattet habe, denn siehe, noch hast du Zeit!“

Da ließ sich Ali Ben Mandeb müde auf dem goldenen Throne nieder und lauschte aufmerksam der Rede Sela Paschas und dieser sprach:

„Viele tausend Meilen entfernt von Koweit liegt eine Insel im Nebelmeer des Nordens, und der sie beherrscht, ist der größte König dieser Erde, denn seine gewaltige Hand umfaßt das Morgenland und das Abendland.“

Ali Ben Mandeb zuckte zusammen.

„Doch einer auf Erden mächtiger sein sollte als er selber, mochte er niemals gern hören. Darum fragte er rasch:

„Sage mir, Sela Pascha, hat er auch hunderttausend silberweiße Frauen aus Indien, die das Rad in den Rosenbecken seiner Gärten schlagen?“

Und Sela Pascha antwortete:

„Nein, Herrscher der Herrscher, die hat er nicht!“

Beglückt lächelte Ali Ben Mandeb, ehe er weiter fragte:

„Hat er auch dreißig Fasanen aus Birma und Siam, die die goldenen Körner aus seiner Hand fressen, Sela Pascha?“

Und Sela Pascha antwortete:

„Nein, Herrscher der Herrscher, die hat er nicht!“

Da wurde Ali Ben Mandeb's Gesicht schon wieder ganz heiter, und voll Berachtung zuckte es um seine Lippen, als er die dritte Frage an den alten Ratgeber seiner Krone richtete:

„Sage mir, Sela Pascha, hat er auch hundert Frauen und Mädchen, die von den Eunuchen bewacht werden und die in den Serails seines königlichen Palastes seines Winkels gewärtig sind?“

Denn er ahnte die Antwort, die Sela Pascha auch wirklich gab:

„Nein, Herrscher der Herrscher, die hat er nicht!“

„Was hat er sonst, Sela Pascha?“ fragte da Ali Ben Mandeb ganz mildeidig.

„Das werde ich dir sagen, Herrscher der Herrscher, wenn du jetzt mit mir auf das Dach des königlichen Palastes steigst!“

Und wieder erhob sich Ali Ben Mandeb.

Die zehn ebenholzschwarzen Kubler trugen die Schleppe, und so schritt der Sultan, gefolgt von seinem Minister, die Stufen zu den Gärten der Dächer empor.

Als sie beide am Rande der von roten Rosen bewachsenen Balustrade standen, und Joto, der Lieblingsfasan, auf der rechten Schulter des Herrschers der Herrscher saß, deutete Sela Pascha gen Osten und sagte:

„Bemerkst du die beiden Schiffe dort auf dem blauen persischen Meer, Herrscher der Herrscher? Sie gehören jenem großen König der Insel im nordischen Nebelmeer, von dem ich dir sprach!“

„Und wen führen die Schiffe an Bord, Sela Pascha?“ fragte da Ali Ben Mandeb, und schon wieder huschte es durch seine Worte wie das Zittern der Angst.

„Den weißen Sahib, Herrscher der Herrscher, der dir das Geschenk seiner königlichen Majestät überbringt, deren Hand das Morgenland und das Abendland umspannt!“

„Welches Geschenk?“

„Den goldenen Stern!“

„Welchen Stern?“

„Den Stern, der Glanz vor allen anderen Sternen leuchtet!“

Bei dieser Antwort Sela Paschas erweiterten sich die Augen des jungen Ali Ben Mandeb. Seine Stimme nahm den Ton der Verzückung an, als er die Worte seines alten Ratgebers wiederholte:

„Den Stern, Sela Pascha, der Glanz vor den anderen Sternen leuchtet!“

„So sagte ich, Herrscher der Herrscher!“

Da klatschte Ali Ben Mandeb vor lauter Freude wie ein Kind in die Hände, so daß Joto, der Lieblingsfasan, auf seiner rechten

Schulter ganz unruhig wurde und endlich freischend in die Rosenbecken der Dachgärten flog.

Doch plötzlich verfinsterte sich Ali Ben Mandeb's Stirn.

Frägend waren seine Augen auf Sela Pascha gerichtet und er jagte mit fester Stimme:

„Und um welchen Preis, Sela Pascha, bringt mir der weiße Sahib aus dem fernen Nebelland des Nordens den Stern, dessen Glanz vor allen anderen Sternen leuchtet?“

Da lächelte der alte, schlaue Sela Pascha, wie ein Jude, der auf dem Markte in Damastus eine arabische Sklave verhandelt, rief sich wie ein solcher die Hände, zuckte mit den Schultern und meinte:

„Der Ruf deiner Macht und deines Reichthums, Herrscher der Herrscher, ist eben bis in das ferne Nebelland gedrungen, und die Größten der Erde buhlen um deine Gunst!“

Aber Ali Ben Mandeb beharrte:

„Um welchen Preis, Sela Pascha, um welchen Preis?“

Da dachte Sela Pascha an die englischen Pfundnoten, die man ihm von Wien aus in die Hände gespielt hatte, und seine Seele jauchzte vor Glück. Denn er besaß viele Karawanen, die beladen mit indischen Tüchern, mit Wafa und Elfenbein, mit Tee und Reis durch die arabische Wüste zogen, und mit diesem Gelde konnte er die Zahl seiner Kamelle und Treiber verdoppeln. Aber zu dem Herrscher der Herrscher sagte er:

„Eigentlich um gar keinen, Herrscher der Herrscher! Es ist nur

ein wertloses Stückchen Leder drinnen am Hofen, das man von dir fordert und um das man dir den Stern überläßt, dessen Glanz vor allen anderen Sternen leuchtet!“

„Welches Stückchen Leder, Sela Pascha?“

„Die Reede, wo die Schiffe anlegen, Herrscher der Herrscher, und das felsige Vorgebirge, auf dem kein Halm wächst und das die Reede umschließt!“

Mitleidig lächelte Ali Ben Mandeb.

„Und sonst verlangt der weiße Sahib nichts?“

„Sonst verlangt der weiße Sahib nichts, Herrscher der Herrscher! Er begehrt nur auf der Klippe ein Haus bauen zu dürfen, in dem seine Leute, wenn sie in Koweit landen, nächtigen können!“

Es war eine königliche Handbewegung, mit der Ali Ben Mandeb seine Antwort begleitete, und diese Antwort lautete:

„Diese Bitte ist dem weißen Sahib gewährt, Sela Pascha!“

Unterdessen hatten sich die beiden britischen Kriegsschiffe, die Sela Pascha seinem Herrn gezeigt hatte, der Reede von Koweit genähert.

„Wir wollen dem weißen Sahib, der mir den Stern bringt, entgegengehen, Sela Pascha“, entschied da Ali Ben Mandeb, „denn ich freue mich auf diesen Stern!“

Auf einen leisen Wink des Ministers erfahnen die zehn ebenholzschwarzen Kublertraben die Schleppe am Mantel des Herrschers, und Ali Ben Mandeb stieg, gefolgt von Sela Pascha, wieder hinab.

Und noch am Abend desselben Tages war der Vertrag unterzeichnet, der die Unabhängigkeit des Herrschers von Koweit von der türkischen Krone in Konstantinopel erklärte und den Endpunkt der Bagdadbahn an die englische Kontrolle band.

Mein Igel und meine Schildkröten Von Richard Haupt

An einem herrlichen Sommernachmittag purzelte auf einem Platz irgendeiner Provinzstadt ein kleiner Igel umher, der sicherlich vorzeitig seiner Igelmutter entlaufen war.

Kinder neckten und quälten das Tier, so daß es nicht ein noch aus wußte. Da tat der Jungigel das Schlaucht, was er tun konnte und was jeder Igel in dieser Situation tut: er rollte sich zusammen.

Zusammengerollt blieb er beharrlich liegen, bis irgendein Tierfreund sich seiner erbarmte und den kleinen allerliebsten Kerl in den Hausflur meines Wohnhauses legte.

Hier entdeckte ihn meine Frau, welche sehr lieblich ist. Zunächst brachte meine Frau das Tier vor Kindern und hunden in Sicherheit, indem sie es in den Garten setzte, wo der „Spitzschmäuze“ in einem abgelegten Winterhut meiner Frau wärmenden Unterschlupf fand.

Mittags, als ich aus dem Büro heimkam, zeigte mir meine Frau den Fang. Eine sofortige Selbstinspektion ergab, daß der Igel ungeheuer viel Flöhe plagte. Er hatte nicht sie, sondern sie hatten ihn. Es war klar, hier mußte Abhilfe geschaffen werden.

Also ging ich zum Drogerien und kaufte Insektenpulver. Damit wurde der Igel tüchtig bestreut und darauf in eine größere leere Konservebüchse gesetzt. Hier sollte er die erste Nacht kampieren und sollte vor allen Dingen erst einmal seine Peiniger los werden.

Die Büchse mit Inhalt stellte ich in einen Schuppen meines Gartens. Am anderen Morgen war mein erster Gang zum Igel. Die Büchse lag um, und sein Igel war zu sehen — er hatte sich aus der ihm nicht zusagenden Gefangenhaft befreit. Schon glaubte ich, er hätte sich verzogen.

Aber plötzlich hörte ich ein lautes Husten. Das Husten wiederholte sich. Dann hörte ich etwas schnüffeln und pflupern. Jetzt geht mir ein Licht auf. Nicht lange brauche ich zu suchen, und ich entdecke meinen Findling und einer Reihewelle.

Fünf Minuten später bekam er sein Frühstück. Anorts Haferslocken und Hafelmilch mundeten ihm trefflich. Zum Schluß setzte ich ihm ein Schälchen frischer Milch vor. Hier hab er ein ganz verheerendes Schmähchen an und ging nicht eher von dem Schälchen, als bis kein Restchen mehr darinnen war.

Mit der Zeit wurde mein Igel ein Fleischmeder. Zeit er einmal Milch gefressen hatte, lehnte er jede andere Nahrung ab. Am liebsten fraß er Brötchen mit Milch, allenfalls noch Kartoffelbrei mit Butter oder Eier.

Da der Kerl im Zimmer zwei Schweinerei macht, hat er sein Domizil im Schuppen. In der Ecke sichert ihm ein Bündel Heu ein weiches Lager und Unterschlupf. Am Tage schläft er und dann geht er schnüffeln, kackernd und hustend auf Petrouille.

Sein abends reichlich gefülltes Schüsselchen war mit einem Rase am anderen Morgen wie ausgeleert. Das war sonst nicht seine Gewohnheit; gewöhnlich ließ er immer einen Rest übrig.

Meine Frau und ich tippten auf „Mittesser“; denn im Schuppen gibt es auch Mäuse und in den letzten Tagen treibt sich eine dicke Ratte mit einem widerlich langen und nackten Schwanz im Hof umher.

Eines Tages, als ich wieder einmal meinen Igel besuche, wird der sonst keesengute Kerl fuchtelwild. Ich brauche gar nicht ihn, sondern nur seine Schlafstätte, den Heuhaufen, wo er drin sitzt, zu berühren, und er hüpf, springt und stachelt sein „Gesieder“, daß ich ihn gar nicht wiedererkenne. Seine Klagen, schwarzen Vertäufeln glühen vor Komplexbereitschaft. Ich stehe vor einem Rästel. Die unmotivierte Bosheit des Tieres ist mir schmerzhaft. Doch bald finde ich des Rästels Lösung. Wie ich mit einem Rechen den Heuhaufen wegrehen will, um ihm neues Heu für seine Lagerstätte hinzuzuworfen, stoße ich auf etwas im Halbdunkel des Schuppens Unheimliches. Bei näherem Zusehen entpuppt sich der schwarze Klumpen als — tote Ratte.

Seit Tagen wurde die Ratte nicht mehr gefressen. Schon dachten wir, sie hätte sich verzogen. Wahrscheinlich war sie dem Igel beim Fressen eine treue Helferin gewesen. Doch muß ihm eines Tages die Sache zu bunt geworden sein oder die Ratte hat ihn beim Fressen aus dem Felde schlagen wollen. Auf jeden Fall hatte er ihr erbitterte Feindschaft angelagt. Die Bisswunde an der Kehle der Ratte bewies, daß er der Täter war.

So hatte unser kleines „Salomigelen“ im Kampf mit einer gleichgroßen Ratte sich nicht nur tapfer seiner Haut gewehrt, sondern sogar noch den Sieg davongetragen.

Meine Schildkröten sind treue, anhängliche und dankbare Geschöpfe. Eine, die männliche, Hansbock genannt, ist genau noch einmal so groß wie zu der Zeit, da ich die Amphibie erstand. „Karl“, die weibliche Schildkröte, ist lädiert. Meine Frau sah sie in der Tierhandlung mit schwerbeschädigtem Schildplatt in der Blechbüchse trüblich im Sande sitzen und gelangweilt an einem halboberdritten Salatblatt herumzerrern. „Komm, wir wollen dem armen, gequälten Tier ein wenig Sonnenschein beschaffen“, sagte meine Frau. Und so wurde der Kauf perfekt.

ein wertloses Stückchen Leder drinnen am Hofen, das man von dir fordert und um das man dir den Stern überläßt, dessen Glanz vor allen anderen Sternen leuchtet!“

„Welches Stückchen Leder, Sela Pascha?“

„Die Reede, wo die Schiffe anlegen, Herrscher der Herrscher, und das felsige Vorgebirge, auf dem kein Halm wächst und das die Reede umschließt!“

Mitleidig lächelte Ali Ben Mandeb.

„Und sonst verlangt der weiße Sahib nichts?“

„Sonst verlangt der weiße Sahib nichts, Herrscher der Herrscher! Er begehrt nur auf der Klippe ein Haus bauen zu dürfen, in dem seine Leute, wenn sie in Koweit landen, nächtigen können!“

Es war eine königliche Handbewegung, mit der Ali Ben Mandeb seine Antwort begleitete, und diese Antwort lautete:

„Diese Bitte ist dem weißen Sahib gewährt, Sela Pascha!“

Unterdessen hatten sich die beiden britischen Kriegsschiffe, die Sela Pascha seinem Herrn gezeigt hatte, der Reede von Koweit genähert.

„Wir wollen dem weißen Sahib, der mir den Stern bringt, entgegengehen, Sela Pascha“, entschied da Ali Ben Mandeb, „denn ich freue mich auf diesen Stern!“

Auf einen leisen Wink des Ministers erfahnen die zehn ebenholzschwarzen Kublertraben die Schleppe am Mantel des Herrschers, und Ali Ben Mandeb stieg, gefolgt von Sela Pascha, wieder hinab.

Und noch am Abend desselben Tages war der Vertrag unterzeichnet, der die Unabhängigkeit des Herrschers von Koweit von der türkischen Krone in Konstantinopel erklärte und den Endpunkt der Bagdadbahn an die englische Kontrolle band.

„Welches Stückchen Leder, Sela Pascha?“

„Die Reede, wo die Schiffe anlegen, Herrscher der Herrscher, und das felsige Vorgebirge, auf dem kein Halm wächst und das die Reede umschließt!“

Mitleidig lächelte Ali Ben Mandeb.

„Und sonst verlangt der weiße Sahib nichts?“

„Sonst verlangt der weiße Sahib nichts, Herrscher der Herrscher! Er begehrt nur auf der Klippe ein Haus bauen zu dürfen, in dem seine Leute, wenn sie in Koweit landen, nächtigen können!“

Es war eine königliche Handbewegung, mit der Ali Ben Mandeb seine Antwort begleitete, und diese Antwort lautete:

„Diese Bitte ist dem weißen Sahib gewährt, Sela Pascha!“

Unterdessen hatten sich die beiden britischen Kriegsschiffe, die Sela Pascha seinem Herrn gezeigt hatte, der Reede von Koweit genähert.

„Wir wollen dem weißen Sahib, der mir den Stern bringt, entgegengehen, Sela Pascha“, entschied da Ali Ben Mandeb, „denn ich freue mich auf diesen Stern!“

Auf einen leisen Wink des Ministers erfahnen die zehn ebenholzschwarzen Kublertraben die Schleppe am Mantel des Herrschers, und Ali Ben Mandeb stieg, gefolgt von Sela Pascha, wieder hinab.

Und noch am Abend desselben Tages war der Vertrag unterzeichnet, der die Unabhängigkeit des Herrschers von Koweit von der türkischen Krone in Konstantinopel erklärte und den Endpunkt der Bagdadbahn an die englische Kontrolle band.

„Welches Stückchen Leder, Sela Pascha?“

„Die Reede, wo die Schiffe anlegen, Herrscher der Herrscher, und das felsige Vorgebirge, auf dem kein Halm wächst und das die Reede umschließt!“

Mitleidig lächelte Ali Ben Mandeb.

„Und sonst verlangt der weiße Sahib nichts?“

„Sonst verlangt der weiße Sahib nichts, Herrscher der Herrscher! Er begehrt nur auf der Klippe ein Haus bauen zu dürfen, in dem seine Leute, wenn sie in Koweit landen, nächtigen können!“

Es war eine königliche Handbewegung, mit der Ali Ben Mandeb seine Antwort begleitete, und diese Antwort lautete:

„Diese Bitte ist dem weißen Sahib gewährt, Sela Pascha!“

Unterdessen hatten sich die beiden britischen Kriegsschiffe, die Sela Pascha seinem Herrn gezeigt hatte, der Reede von Koweit genähert.

„Wir wollen dem weißen Sahib, der mir den Stern bringt, entgegengehen, Sela Pascha“, entschied da Ali Ben Mandeb, „denn ich freue mich auf diesen Stern!“

Auf einen leisen Wink des Ministers erfahnen die zehn ebenholzschwarzen Kublertraben die Schleppe am Mantel des Herrschers, und Ali Ben Mandeb stieg, gefolgt von Sela Pascha, wieder hinab.

Und noch am Abend desselben Tages war der Vertrag unterzeichnet, der die Unabhängigkeit des Herrschers von Koweit von der türkischen Krone in Konstantinopel erklärte und den Endpunkt der Bagdadbahn an die englische Kontrolle band.

„Welches Stückchen Leder, Sela Pascha?“

„Die Reede, wo die Schiffe anlegen, Herrscher der Herrscher, und das felsige Vorgebirge, auf dem kein Halm wächst und das die Reede umschließt!“

Mitleidig lächelte Ali Ben Mandeb.

„Und sonst verlangt der weiße Sahib nichts?“

„Sonst verlangt der weiße Sahib nichts, Herrscher der Herrscher! Er begehrt nur auf der Klippe ein Haus bauen zu dürfen, in dem seine Leute, wenn sie in Koweit landen, nächtigen können!“

Es war eine königliche Handbewegung, mit der Ali Ben Mandeb seine Antwort begleitete, und diese Antwort lautete:

„Diese Bitte ist dem weißen Sahib gewährt, Sela Pascha!“

Unterdessen hatten sich die beiden britischen Kriegsschiffe, die Sela Pascha seinem Herrn gezeigt hatte, der Reede von Koweit genähert.

„Wir wollen dem weißen Sahib, der mir den Stern bringt, entgegengehen, Sela Pascha“, entschied da Ali Ben Mandeb, „denn ich freue mich auf diesen Stern!“

Auf einen leisen Wink des Ministers erfahnen die zehn ebenholzschwarzen Kublertraben die Schleppe am Mantel des Herrschers, und Ali Ben Mandeb stieg, gefolgt von Sela Pascha, wieder hinab.

Und noch am Abend desselben Tages war der Vertrag unterzeichnet, der die Unabhängigkeit des Herrschers von Koweit von der türkischen Krone in Konstantinopel erklärte und den Endpunkt der Bagdadbahn an die englische Kontrolle band.

„Welches Stückchen Leder, Sela Pascha?“

„Die Reede, wo die Schiffe anlegen, Herrscher der Herrscher, und das felsige Vorgebirge, auf dem kein Halm wächst und das die Reede umschließt!“

Mitleidig lächelte Ali Ben Mandeb.

„Und sonst verlangt der weiße Sahib nichts?“

„Sonst verlangt der weiße Sahib nichts, Herrscher der Herrscher! Er begehrt nur auf der Klippe ein Haus bauen zu dürfen, in dem seine Leute, wenn sie in Koweit landen, nächtigen können!“

Es war eine königliche Handbewegung, mit der Ali Ben Mandeb seine Antwort begleitete, und diese Antwort lautete:

„Diese Bitte ist dem weißen Sahib gewährt, Sela Pascha!“

Unterdessen hatten sich die beiden britischen Kriegsschiffe, die Sela Pascha seinem Herrn gezeigt hatte, der Reede von Koweit genähert.

„Wir wollen dem weißen Sahib, der mir den Stern bringt, entgegengehen, Sela Pascha“, entschied da Ali Ben Mandeb, „denn ich freue mich auf diesen Stern!“

Auf einen leisen Wink des Ministers erfahnen die zehn ebenholzschwarzen Kublertraben die Schleppe am Mantel des Herrschers, und Ali Ben Mandeb stieg, gefolgt von Sela Pascha, wieder hinab.

Und noch am Abend desselben Tages war der Vertrag unterzeichnet, der die Unabhängigkeit des Herrschers von Koweit von der türkischen Krone in Konstantinopel erklärte und den Endpunkt der Bagdadbahn an die englische Kontrolle band.

„Welches Stückchen Leder, Sela Pascha?“

„Die Reede, wo die Schiffe anlegen, Herrscher der Herrscher, und das felsige Vorgebirge, auf dem kein Halm wächst und das die Reede umschließt!“

Mitleidig lächelte Ali Ben Mandeb.

„Und sonst verlangt der weiße Sahib nichts?“

„Sonst verlangt der weiße Sahib nichts, Herrscher der Herrscher! Er begehrt nur auf der Klippe ein Haus bauen zu dürfen, in dem seine Leute, wenn sie in Koweit landen, nächtigen können!“

Es war eine königliche Handbewegung, mit der Ali Ben Mandeb seine Antwort begleitete, und diese Antwort lautete:

„Diese Bitte ist dem weißen Sahib gewährt, Sela Pascha!“

Unterdessen hatten sich die beiden britischen Kriegsschiffe, die Sela Pascha seinem Herrn gezeigt hatte, der Reede von Koweit genähert.

„Wir wollen dem weißen Sahib, der mir den Stern bringt, entgegengehen, Sela Pascha“, entschied da Ali Ben Mandeb, „denn ich freue mich auf diesen Stern!“

Auf einen leisen Wink des Ministers erfahnen die zehn ebenholzschwarzen Kublertraben die Schleppe am Mantel des Herrschers, und Ali Ben Mandeb stieg, gefolgt von Sela Pascha, wieder hinab.

Und noch am Abend desselben Tages war der Vertrag unterzeichnet, der die Unabhängigkeit des Herrschers von Koweit von der türkischen Krone in Konstantinopel erklärte und den Endpunkt der Bagdadbahn an die englische Kontrolle band.

„Welches Stückchen Leder, Sela Pascha?“

„Die Reede, wo die Schiffe anlegen, Herrscher der Herrscher, und das felsige Vorgebirge, auf dem kein Halm wächst und das die Reede umschließt!“

Mitleidig lächelte Ali Ben Mandeb.

„Und sonst verlangt der weiße Sahib nichts?“

„Sonst verlangt der weiße Sahib nichts, Herrscher der Herrscher! Er begehrt nur auf der Klippe ein Haus bauen zu dürfen, in dem seine Leute, wenn sie in Koweit landen, nächtigen können!“

Es war eine königliche Handbewegung, mit der Ali Ben Mandeb seine Antwort begleitete, und diese Antwort lautete:

„Diese Bitte ist dem weißen Sahib gewährt, Sela Pascha!“

Unterdessen hatten sich die beiden britischen Kriegsschiffe, die Sela Pascha seinem Herrn gezeigt hatte, der Reede von Koweit genähert.

„Wir wollen dem weißen Sahib, der mir den Stern bringt, entgegengehen, Sela Pascha“, entschied da Ali Ben Mandeb, „denn ich freue mich auf diesen Stern!“

Auf einen leisen Wink des Ministers erfahnen die zehn ebenholzschwarzen Kublertraben die Schleppe am Mantel des Herrschers, und Ali Ben Mandeb stieg, gefolgt von Sela Pascha, wieder hinab.

Und noch am Abend desselben Tages war der Vertrag unterzeichnet, der die Unabhängigkeit des Herrschers von Koweit von der türkischen Krone in Konstantinopel erklärte und den Endpunkt der Bagdadbahn an die englische Kontrolle band.

„Welches Stückchen Leder, Sela Pascha?“

„Die Reede, wo die Schiffe anlegen, Herrscher der Herrscher, und das felsige Vorgebirge, auf dem kein Halm wächst und das die Reede umschließt!“

Mitleidig lächelte Ali Ben Mandeb.

„Und sonst verlangt der weiße Sahib nichts?“

„Sonst verlangt der weiße Sahib nichts, Herrscher der Herrscher! Er begehrt nur auf der Klippe ein Haus bauen zu dürfen, in dem seine Leute, wenn sie in Koweit landen, nächtigen können!“

Es war eine königliche Handbewegung, mit der Ali Ben Mandeb seine Antwort begleitete, und diese Antwort lautete:

„Diese Bitte ist dem weißen Sahib gewährt, Sela Pascha!“

Unterdessen hatten sich die beiden britischen Kriegsschiffe, die Sela Pascha seinem Herrn gezeigt hatte, der Reede von Koweit genähert.

„Wir wollen dem weißen Sahib, der mir den Stern bringt, entgegengehen, Sela Pascha“, entschied da Ali Ben Mandeb, „denn ich freue mich auf diesen Stern!“

Auf einen leisen Wink des Ministers erfahnen die zehn ebenholzschwarzen Kublertraben die Schleppe am Mantel des Herrschers, und Ali Ben Mandeb stieg, gefolgt von Sela Pascha, wieder hinab.

Und noch am Abend desselben Tages war der Vertrag unterzeichnet, der die Unabhängigkeit des Herrschers von Koweit von der türkischen Krone in Konstantinopel erklärte und den Endpunkt der Bagdadbahn an die englische Kontrolle band.

„Welches Stückchen Leder, Sela Pascha?“

„Die Reede, wo die Schiffe anlegen, Herrscher der Herrscher, und das felsige Vorgebirge, auf dem kein Halm wächst und das die Reede umschließt!“

Mitleidig lächelte Ali Ben Mandeb.

„Und sonst verlangt der weiße Sahib nichts?“

„Sonst verlangt der weiße Sahib nichts, Herrscher der Herrscher! Er begehrt nur auf der Klippe ein Haus bauen zu dürfen, in dem seine Leute, wenn sie in Koweit landen, nächtigen können!“

Es war eine königliche Handbewegung, mit der Ali Ben Mandeb seine Antwort begleitete, und diese Antwort lautete:

Wer nimmt, muß geben.

Können wir einen Systemwechsel in der Handelspolitik ertragen?

Die Landvolkpartei hat kürzlich einen Antrag im Reichstag eingebracht, der die Aufhebung der allgemeinen Meistbegünstigung fordert, auf der nicht bloß der deutsche Handelsverkehr mit dem Ausland, sondern der gesamte innereuropäische Warenaustausch beruht. Der Reichslandbund verlangt sogar die Lösung aller Zollbindungen für Agrarprodukte, eventuell durch Kündigung von Handelsverträgen, sowie für die Zukunft ein Verbot jedweder Zollvereinbarungen über landwirtschaftliche Erzeugnisse. Die Annahme der Forderungen des Reichslandbundes und der Reichstagsanträge würde unabsehbare Folgen für die deutsche Industrie und damit auch für den Arbeitsmarkt nach sich ziehen.

Der Wiederaufbau des deutschen Industrieports

Ist allein der gesteigerten Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie und der Exporterleichterung durch die auf dem Prinzip der Meistbegünstigung aufgebauten Handelsverträge zu danken. Ein Industrieland wie Deutschland bedarf unbedingt der Sicherung durch Handelsverträge und Zollvereinbarungen. Durch die Meistbegünstigung genießt Deutschland (von wenigen Sonderfällen abgesehen) auf den ausländischen Absatzgebieten die gleichen Vergünstigungen, die anderen Industrieländern zugebilligt wurden, konkurriert also unter gleichen Bedingungen. Deutschland hat in besonders hohem Maße dem Meistbegünstigungssystem seine Exporterfolge zu verdanken. Der Leiter der deutschen Handelspolitik, Ministerialdirektor Pöffe, sagt mit Recht: „Für Deutschland mit seiner vielfältigen Ausfuhr nach allen Ländern ist das System der Meistbegünstigung die einzig brauchbare Grundlage der Handelspolitik.“

Durch die Handelsverträge und Tarifabkommen, die wiederum die deutschen Kundenländer untereinander abgeschlossen haben, kam Deutschland automatisch, auf Grund der Meistbegünstigungsklausel, in den Genuß weiterer Zollherabsetzungen. So hat Frankreich nach dem deutsch-französischen Handelsvertrag mit anderen Ländern, der Schweiz, der Tschechoslowakei, Belgien usw. Verträge abgeschlossen; die in diesen Verträgen ausgehandelten Abzüge der französischen Zollsätze haben dem deutschen Export neue Absatzwege geöffnet. Der deutsch-französische Handelsvertrag bietet überhaupt den besten Anschauungsunterricht für den Wert der Handelsverträge: Der deutsche Export nach Frankreich betrug 1925 ungefähr 500 Millionen Mark, erhöhte sich bis 1929 auf rund 930 Millionen Mark und dürfte im laufenden Jahre nahezu 1,2 Milliarden Mark erreichen!

Mit Frankreich, Italien und Spanien waren Handelsverträge nur erreichbar bei gleichzeitigen vertraglichen Vereinbarungen über die Höhe der deutschen Zölle. Holland und den skandinavischen Ländern sowie den Nachbarstaaten mußte Deutschland für die Erleichterung seines Industrieports bei der Einfuhr von Vieh, Fleisch und Molkereierzeugnissen entgegenkommen.

Dabei stellen aber diese Vertragszölle für Erzeugnisse der Viehwirtschaft, des Gemüses, Obst und Weinbau ein noch immer recht beträchtliches Zollschuß für die deutsche Landwirtschaft dar; außerdem besteht bei einzelnen Lebensmitteln ein zusätzlicher Bedarf, der von der heimischen Erzeugung entweder gar nicht oder nicht gleichwertig gedeckt werden kann. Die am agrarischen Export interessierten Länder werden auch keinesfalls bereit sein, auf die ihnen in Verträgen zugesicherten Einfuhrmöglichkeiten Verzicht zu leisten.

Eine Aufkündigung der Handelsverträge.

In denen Zollbindungen für die agrarischen Erzeugnisse enthalten sind, wäre die Katastrophe des deutschen Exports und des deutschen Arbeitsmarktes, da die in Frage kommenden europäischen Länder mit starken agrarischen Interessen etwa mehr als die Hälfte der deutschen Industrieausfuhr aufnehmen.

Die zahlreichen anderen agrarischen Forderungen des Reichslandbundes gegen ausländische Agrarerzeugnisse sind so verantwortungslos, daß sie die schärfste Zurückweisung erfordern. Der Reichslandbund fordert ein Verkaufsverbot von ausländischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Markthallen, den Boykott des Importhandels mit ausländischen Lebensmitteln, die Beseitigung der jetzt bestehenden Erleichterungen für den „kleinen Grenzverkehr“, die Ermächtigung der Regierung, die agrarischen Zollsätze nach Belieben zu erhöhen und volle Wiederherstellung des Einfuhrschutzes, endlich noch das Staatsmonopol für Südfrüchte und für Reis mit dem Ziel der völligen Abschließung oder wenigstens schärfsten Verteuerung und selbstverständlich eine neue sofortige Zollserhöhung für Kartoffeln, Vieh, Milch und Molkereiprodukte, Holz usw.

In einer Eingabe des Außenhandelsverbandes an den Reichstagspräsidenten heißt es über die Forderungen des Reichslandbundes, sie seien

„so unüberlegt, zweckwidrig und schädlich, lassen in kurzfristigem Egoismus jede Rücksichtnahme auf das gemeinsame Interesse der deutschen Wirtschaft völlig vermissen.“

Das ganze Maß von Rücksichtslosigkeit und Verantwortungslosigkeit der heutigen Führung der Landwirtschaft gehört dazu, in einer Zeit dringendster notwendigen Preisabbaus und ohnehin kritischer Exportlage Forderungen zu erheben, die die Massen zum Hungern und die deutschen Ausfuhrbeziehungen zum Verderben bringen müssen.

Kontingents- und Gegenseitigkeitsverträge helfen nichts.

In dem schon erwähnten Antrag der Landvolkpartei wird die Forderung erhoben, das System der Meistbegünstigung zu beseitigen und in unseren Handelsverträgen in Zukunft nur noch Gegenseitigkeitsvereinbarungen (Reziprozität) oder die Einräumung von begrenzten Einfuhrkontingenten zuzulassen. Kontingentsvereinbarungen haben in letzter Zeit bereits auf den Einfluß des Landbundes hin in Handelsverträgen Eingang gefunden. So ist Schweden ein Kontingent für die Einfuhr von Schlachtrindern, Finnland für die Einfuhr von Butter zugebilligt worden. Diese Kontingente haben die deutsche Handelspolitik bereits schon gefährdet und die allgemeine Mißbilligung der europäischen Vertragsstaaten gefunden. In Dänemark und Holland konnte nur mit Mühe ein zur Abwehr organisierter Boykott des deutschen Industrieports verhindert werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dem deutsch-finnländischen Zinsvertrag, der eine solche gefährliche Durchlöcherung der Meistbegünstigung darstellt, deshalb ihre Zustimmung verweigert.

Das System der Gegenseitigkeitsverträge (Reziprozität) hat nicht nur im agrarischen Lager Anhänger, sondern auch verschiedene industrielle Stimmen empfehlen es neuerdings mit dem Hinweis auf die starre Zollpolitik etwa der Vereinigten Staaten und England. (Gegenüber dem Sonder-

fall Rußland mit seinem vollkommenen staatlichen Handelsmonopol wäre es möglich, daß andere Wege der Handelspolitik eingeschlagen werden müssen.) Dieses System schließt aber die Verallgemeinerung der Zollermäßigungen auf alle Vertragsstaaten aus und ist glücklicherweise in Europa zu Grabe getragen worden, nachdem auch Frankreich sich von ihm abgekehrt hat. Gerade die wesentlichsten Ansprüche, die Deutschland als Industriestaat an die Handelspolitik zu stellen hat (Stabilität der Zolltarife, gleiche Wettbewerbsbedingungen mit allen anderen Lieferländern sowie die Tendenz zur Senkung des Zolltarifs), können durch beschränkte Gegenseitigkeitsvereinbarungen nicht erfüllt werden. Jede Einzelzusage, die einem Handelspartner gewährt wurde, muß sofort zahlreiche neue Verhandlungen mit den anderen Vertragsländern nach sich ziehen, die die gleiche Vergünstigung beanspruchen. Deutschland würde sich mit diesem System in Widerspruch zu der gesamten europäischen Handelspolitik und auch zum Völkerverbund setzen, der ausdrücklich die Aufrechterhaltung der allgemeinen Meistbegünstigung anempfiehlt.

Es bleibt zu hoffen, daß diese Forderungen der Agrarier auch die eindeutige Ablehnung der bürgerlichen Mittelparteien finden. Die zoll- und handelspolitische Ausrichtungspolitik, die den notwendigen Preisabbau verhindert und gleichzeitig unsere Ausfuhrbeziehungen aufs Spiel setzt, darf nicht weiter fortgesetzt werden. Der Reichstag wird demnächst auch das Zollfriedensabkommen vom März 1929 zu beraten haben, das bereits von zahlreichen europäischen Ländern, aber noch nicht von der Regierung Brünning ratifiziert worden ist. Die Zustimmungserklärung durch den Reichstag und die Ratifikation des Abkommens durch die Reichsregierung muß unverzüglich erfolgen, damit von deutscher Seite her diesen für uns besonders wichtigsten Abkommen keine weiteren Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin.

402 646 Erwerbslose Ende November.

Nach dem Bericht des Landesamtes Brandenburg liegt in der zweiten Novemberhälfte die Zahl der Arbeitssuchenden in Berlin, Brandenburg und der Provinz Grenzmark um 18 241 auf 558 011 Personen. Der Zuwachs an Arbeitssuchenden hat sich verlangsamt; in den beiden letzten Oktoberwochen betrug er rund 22 500 und in der ersten Novemberhälfte sogar fast 42 000. In Anbetracht des Weihnachtsgeschäftes ist der Zustrom von über 18 000 neuen Arbeitssuchenden, obwohl er sich auch aus Saisongründen in der Hauptsache erklärt, doch beträchtlich.

In Groß-Berlin waren Ende November 402 646 Personen arbeitslos. Unter diesen befanden sich 173 866 Hauptunterstützungsempfänger und 75 918 Kreisanerstützte. Danach wurden also von der städtischen Wohlfahrtsfürsorge bis zu 153 000 Personen unterstützt, eine Last, die die ungeheure Belastung der kommunalen Finanzen kennzeichnet.

Während die Außenberufe trotz der verhältnismäßig günstigen Wirkung schon in großem Umfang Arbeitskräfte abgebaut haben, zeigen sich noch in keiner Konjunkturindustrie Besserungen.

USA. in Deutschland.

Department of Commerce stellt fest: für 900 Millionen Mark Betriebe in Deutschland.

Die Amerikaner haben an Europa geborgt: 4 1/2 Milliarden Dollar in Form langfristiger Anleihen und etwa 6 Milliarden Dollar in Form von Staats- und Kriegsdarlehen. Europa ist also allein hinsichtlich dieser beiden Formen des Kapitalverkehrs zu über 10 Milliarden Dollar an Amerika verschuldet. Im Jahre 1929 war aber, wie wir kürzlich auf Grund amerikanischer Quellen zeigten, der europäische Kapitalabfluß nach Amerika in Form von Zinsen, Dividenden, Rückzahlungen größer als der Kapitalexport Amerikas nach Europa.

Neben den langfristigen Darlehen ist die unmittelbare Kapitalbeteiligung an ausländischen Unternehmungen und die Errichtung von Tochtergesellschaften die umfangreichste Form des Kapitalverkehrs. Ihr Gesamtumfang wurde kürzlich vom Department of Commerce auf 7,5 Milliarden Dollar geschätzt, wovon 1,35 Milliarden (rund 5,7 Milliarden Mark) auf Europa entfallen. Den Hauptteil dieser Anlage bilden Fabrikunternehmungen (2,6 Milliarden Mark), Tankstellen und sonstige Petroleum- und Benzininteressen (970 Millionen Mark). Die größten unmittelbaren amerikanischen Kapitalanlagen bestehen in Großbritannien mit 2,04 Milliarden Mark. Es folgen Deutschland mit 907, Frankreich mit 609 und Italien mit 475 Millionen Mark. Von den deutschen Geschäftsanlagen entfällt der größere Teil (580 Millionen) auf Fabrikationsbetriebe, der Rest hauptsächlich auf Tankstellen.

Die sogenannte amerikanische „Ueberfremdung“ wäre also in England noch mehr als doppelt so groß als in Deutschland.

Bisher war der Umfang dieser Geschäftsanlagen nur schätzungsweise bekannt. Die Unterlagen für die neuen Ziffern des amerikanischen Wirtschaftsamtes bilden Befragungen amerikanischer Firmen durch das Department of Commerce.

Der November brachte für die Automobilindustrie eine der niedrigsten Produktionsziffern; es wurden 146 000 Wagen hergestellt gegenüber 154 000 im November 1929. Die höchste Ziffer des laufenden Jahres wurde im April mit 443 000 verzeichnet. In den Monaten Januar bis November wurden 1929 fast 5,50 Millionen, 1930 dagegen nur 3,36 Millionen Wagen produziert. Die jüngste

Zeit scheint einen kleinen Aufschwung zu bringen. So hat z. B. beim General-Motors-Konzern die Herstellung von Chevrolet-Wagen, die im November 1929 46 000 betrug, im November 1930 über 47 000 betragen. Für den Dezember zeichnet die Gesellschaft mit einer Ziffer von etwa 60 000. Ein Direktor der Republic Steel Corporation rechnet mit einer allmählichen Fortsetzung dieses Wiederanstiegs und schätzt die mutmaßliche Automobilproduktion für das kommende Jahr auf 4 1/2 Millionen gegenüber 3 1/2 Millionen 1930 und 5 1/2 Millionen 1929.

Roggenpolitik.

Gosinroggen um 5 Mark verteuert. — Kartoffelstärkekartell in Funktion.

Wie die W.B.-Handelsdienst meldet, ist der Verkaufspreis für Gosinroggen, dessen Bezug eine Zollverbilligung bei der Einfuhr von Futtergerste zur Folge hat, mit sofortiger Wirkung um 5 M. auf 175 M. je Tonne erhöht worden. Das ist möglich, nachdem kürzlich der Einfuhrzoll für Futtergerste von 12 auf 18 M. je Doppelzener erhöht worden ist. Nach den Absichten Schieles ist aber zu befürchten, daß diese Verteuerung erst einen Anfang darstellt, und daß Herr Schiele auf die scharfen Proteste aus den bäuerlichen Kreisen noch Rücksicht nehmen mußte. Für die bäuerliche Schweinemast bedeutet die Verteuerung eine neue Benachteiligung. Die Sozialdemokratie wehrt sich gegen die Verteuerung der Futtermittel ganz allgemein und hat natürlich nicht das geringste Interesse daran, daß der als Höchstpreis gedachte Mißpreis von 170 M. in der jetzigen Zeit erreicht wird. Im Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte ist als neue Gesellschaft die Stärke-Industrie-Verkaufsgesellschaft G. m. b. H. eingetragen worden, die das neue Kartell der Stärkeindustrie darstellt. Nachdem der Stärkeindustrie beim Abschluss des Weizenabkommens indirekt eine Subvention von 1 Million Mark zugewiesen worden ist und auch neuerdings noch durch den Beimischungszwang von Kartoffelmehl zum Weizengebäck gestützt worden ist, hat diese neueste Schöpfung Schieles zunächst einige Aussicht zur Entwidlung.

Eine Verringerung des Roggenanbaus in Deutschland um rund 10,2 Proz. gegenüber dem Vorjahre ist in einer Vorschätzung des Preußischen Statistischen Landesamtes festgestellt worden. Der Anbau von Winterweizen ist um 6,6 Proz. und von Wintergerste um 1,8 Proz. gegenüber dem Vorjahre gestiegen. Diese bedeutende Wandlung muß auch in der offiziellen Roggenpolitik nachdrückliche Beachtung finden.

Der neue Papier- und Zellstofftrust.

Die Generalversammlung der Feldmühle Papier- und Zellstoffwerke A.-G. in Stettin hat jetzt den Vertrag mit der Königsberger Zellstoff-Fabrikten und Chemische Werke A.-G. koholgt genehmigt. Der Feldmühle-Konzern, der erst vor 1 1/2 Jahren durch die Aufzuehung der Reichsholzpapier-A.-G. einen großen Wachstumserfolg erlitt, wird dadurch das weitestverbreitete Unternehmen der deutschen Papierwirtschaft.

Zur Durchführung der Aktion mit Koholgt wird das Kapital der Feldmühle A.-G. von 26,2 auf 35,6 Mill. Mark heraufgesetzt. Wie die Verwaltung noch mitteilte, hat das Unternehmen die schweren Krisenzeiten bisher sehr gut überstanden und die Betriebe waren das ganze Jahr über voll beschäftigt. Durch die Angleichung der Koholgt-Betriebe wird besonders die Zellstoffproduktion und die chemische Verarbeitung bei der Feldmühle ausgebaut. Die Preisrückgänge auf dem Papier- und Zellstoffmarkt konnten durch Rationalisierungsmaßnahmen ausgeglichen werden. Wenn auch über die Dividende keine bestimmten Angaben gemacht

Ein Geschenk,
das immer Beifall findet,
ist ein Paar

SALAMANDER

wurden, so kann auf Grund des guten Geschäftsganges bei der Feldmühle wieder mit der hohen Ausschüttung von 12 Proz. gerechnet werden.

„Es gibt kaum Worte...“

Industrie- und Handelskammer Köln gegen die Kapitalflucht

Der Geschäftsbericht der Industrie- und Handelskammer Köln für das Jahr 1930 unterstreicht in bemerkenswerter Weise die Bedeutung des Inlandsmarktes für die deutsche Gesamtwirtschaft und weist darauf hin, in welchem großem Ausmaß ein durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufener Bruttoverlustrückgang von nahezu 10 Milliarden Mark und die ungenügende Nachfrage der Landwirtschaft sich in einer Volkswirtschaft schädlich bemerkbar machen mußte, in der der Inlandsmarkt vier Fünftel der gesamten Erzeugung aufnehmen muß.

Gegen die Zoll- und handelspolitischen Forderungen des Reichs-Landbundes wird scharfe Verwarnung eingelegt. „Die während des Berichtsjahres eingetretenen Zollerhöhungen auf landwirtschaftliche Erzeugnisse dulden schon wegen der Gefährdung des Preisabbaus keine weiteren Steigerungen.“

Ueber die deutsche Kapitalflucht nach den Septemberwahlen heißt es: „Es gibt kaum Worte, die scharf genug sind, um diese gewissenlose, nur durch Nervosität und Unkenntnis der Unantastbarkeit der deutschen Währung zu erklärende Handlungsweise deutscher Staatsbürger zu verurteilen, die der deutschen Kreditversorgung so ungeheuren Schaden zugefügt hat.“

Die Sabotage der Eisenpreisföpfung.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Essen, daß man dort an eine wirklich fühlbare Eisenpreisföpfung trotz aller Ankündigungen des Herrn Poensgen nicht mehr denke. Es werde jetzt von einer Preisföpfung bei Stobeln von höchstens 5 Mark noch gesprochen. Von den Regierungstreibern sei ein Satz von 18 Mark gefordert worden, und einzelne Kreise der Schwerindustrie hätten eine Verbilligung von 15 Mark für durchaus vernünftig angesehen. In den Kreisen der Eisenverarbeiter habe die neue Einstellung der Eisenindustrie eine außerordentliche Erregung hervorgerufen. Ist das auch bei der Reichsregierung der Fall?

Das Kupfer-Perpendikel.

Preise herauf, Preise herunter.

Die Hilfslosigkeit des amerikanischen Kupferkartells, auf dem Weltmarkt eine stabile Preisbasis zu schaffen, kommt in dem seit Wochen anhaltenden Preisrückwärt auf den Kupfermärkten drastisch zum Ausdruck. Nachdem das Kartell den unter 10 Cent gesunkenen Preis je Pfund Kupfer mit Hilfe von Produktionsdrosselungen wieder bis auf 12,5 Cent hochgetrieben hatte, setzte sich sehr bald, daß dieser amtliche Kartellpreis keine lange Lebensdauer besitzen würde, da sowohl Kupferseiler wie auch der stark mit Vorräten eingedeckte internationale Großhandel erheblich unter den offiziellen Preisen verkaufen. So hat sich das Kartell genötigt gesehen, seinen offiziellen Preis jetzt gleich um einen ganzen Cent, von 12,5 auf 11,5 Cent, zu senken. Die völlige Wirkungslosigkeit der vorgenommenen Produktionsdrosselungen tritt damit deutlich zutage.

Einzelhandel und Preisabbau.

Forderungen an die Reichsregierung.

Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels hat an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in dem sie zur Fortsetzung der Preisföpfungsvorläufe Vorschläge zum Abbau der Kosten, die den Handel besonders belasten, unterbreitet. Im wesentlichen wird von der Reichsregierung gefordert, die Höhe der Badenmieten eingehend zu überprüfen und in den Fällen einzuschreiten, wo die Mietpreise das Geschäft übermäßig belasten. Auch durch Senkung der Zinsen könnten die Kosten des Warenverkehrs erheblich verbilligt werden.

Höhere Umsätze im Einheitspreisgeschäft

8 Proz. Dividende der Chape U. G.

Die zu dem Warenhauskonzern Leonhard Tieg U. G. in Köln gehörende Chape U. G. für Einheitspreise zahlt für das Geschäftsjahr 1929/30 bei einem von 500 000 auf 800 000 Mark erhöhten Reingewinn wieder eine Dividende von 8 Proz. Das Unternehmen, in dem die Einheitspreisfäden des Warenhauskonzerns Leonhard Tieg zusammengeschlossen sind, hat seinen Umsatz im Berichtsjahr trotz der Krise ganz beträchtlich, von 42,1 auf 59,2 Millionen Mark, erhöht. Neu eröffnet wurden neben einer Anzahl kleiner Filialen im letzten Jahr neun weitere Normalkontrollen, so daß die Gesellschaft Ende Juli über 70 Hauptbetriebe und 46 kleine Filialen verfügte.

In dem ab 1. August laufenden neuen Geschäftsjahr hat die Gesellschaft ihre Ausdehnung infolge der Verschärfung der Krise vorläufig auf die bereits begonnenen Projekte beschränkt. In den vorhandenen Betrieben ist bei den Umsätzen bisher noch kein Rückschlag festzustellen, vielmehr haben sich diese weiterhin aufwärts entwickelt.

Streik bei Bolle.

Heute nacht begonnen.

In später Abendstunde wird uns vom Gesamtverband mitgeteilt:

Nachdem der Schlichter die Verbindlichkeitserklärung des Lohnabbau-Schiedspruches bei der Meierei Bolle abgelehnt hat, trafen gestern nachmittag die Funktionäre des Betriebes zusammen, um die letzten endgültigen Beschlüsse zu fassen. Da sich die Belegschaft bereits in der vorigen Woche in geheimer Abstimmung mit erdrückender Mehrheit für den Streik entschieden hatte, fiel den Funktionären nur noch die Aufgabe zu, den Streikbeginn festzusetzen.

Die Funktionäre waren mit den Organisationsoberleitern der einmütigen Auffassung, daß der Streik sofort zu beginnen habe. Nach kurzer sachlicher Aussprache saßten die Funktionäre den einstimmigen Beschluß, die Arbeit noch in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag einzustellen.

Es wurde weiter beschlossen, für die Vertretung von Notstandsarbeiten die unbedingt notwendigen Arbeitskräfte der Direktion zur Verfügung zu stellen. So wird das aus 21 Mann bestehende Stallpersonal zur Fütterung und Pflege der Pferde im Betriebe gelassen. Ebenso soll die in den Nachtstunden vom Mittwoch zum Donnerstag auf den Berliner Bahnhöfen ankommende Milch noch nach der Meierei abgefahren werden. Zur Beheizung der Büroräume wird der Firma ein Heizer zur Verfügung gestellt. Außerdem sollen auf einstimmigen Beschluß der Funktionäre die zehn bis zwölf Schwerkräftigsten im Betriebe belassen werden.

Au dem Streik sind etwa laufend Bohn- und Linsenarbeiter, Chauffeurs, Betriebshandwerker, Meiereiarbeiter und -arbeiterinnen

usw. beteiligt. Dazu kommen noch etwa 800 Milchwärter, die bekannten „Bollejungen“.

Der Lohnkonflikt bei der Meierei Bolle, der jetzt im offenen Kampf ausgetragen wird, ist schon seit Anfang Oktober in der Schwebe. Die Direktion der Meierei Bolle hatte den Gewerkschaften den Lohnvertrag zum 30. September gekündigt und zunächst einen Abbau der Löhne um 10 Proz. gefordert. Nach dem Lohnabbau-Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie erweiterte sie ihren Antrag auf 15 Proz.!

Nach dem Scheitern der direkten Verhandlungen rief die Firma den Schlichtungsausschuß an, der schließlich einen Schiedspruch fällte, wonach ab 5. Januar die Löhne sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen um 5 bis 6 Proz. abgebaut werden sollten.

Bei den Verhandlungen vor dem Schlichter über den Antrag der Meierei Bolle auf Verbindlichkeitserklärung dieses Schiedspruches lehnten sie die Vermittlungsversuche des Schlichters und die Verständigungsangebote der Gewerkschaftsvertreter ab, die dahin gingen, den alten Lohnvertrag wenigstens bis zum 1. März 1931 unverändert zu verlängern. Sie bestand auf dem Lohnabbau. Sie trägt demnach auch für alle Folgen, die sich aus dem Streik für die Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Milch ergeben sollten, die volle Verantwortung.

In bewundernswürdiger Disziplin hat die Belegschaft und der Funktionärskörper der Meierei Bolle solange gewartet, bis auch der letzte Verständigungsversuch vor dem Schlichter gescheitert war. Die Belieferung der Berliner Bevölkerung mit Milch wird durch den Streik beeinträchtigt, aber nicht unterbrochen. An der Belieferung Berlins mit Milch ist die Meierei Bolle nur zu einem verhältnismäßig geringen Prozentsatz beteiligt.

Zimmer tiefer mit den Löhnen!

Die Kohlenbarone fordern 12 Prozent Lohnabbau.

Die Lohnverhandlungen für den Ruhrbergbau, die am Mittwoch in Essen stattgefunden haben, führten zu keiner Einigung. Der Zechenverband verlangte eine Lohnföpfung von 12 Proz.; die Gewerkschaften lehnten jede Lohnföpfung ab. Der Zechenverband wird den Schlichter anrufen. Die Schlichtungsverhandlungen beginnen voraussichtlich am 19. Dezember.

In Oberschlesien wird ausgesperrt.

Gleiwitz, 10. Dezember.

Bei den Lohn- und Mantellarifverhandlungen für den ober-schlesischen Bergbau, die heute hier stattfanden, wurde von den Unternehmern ein Lohnabbau von 12 Proz. verlangt, während die Gewerkschaften unter Berufung auf die gestiegenen Leistungen einen Lohnzuschlag von 70 Pf. je Mann und Schicht forderten. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden, so daß die Verhandlungen abgebrochen werden mußten. Am Schluß der Sitzung erklärten die Unternehmervertreter, daß am 15. Dezember die Kündigung der gesamten Belegschaft ausgesprochen werden würde. Durch diese Maßnahme würden 50 000 Bergarbeiter betroffen.

Die RGO. organisiert die Spaltung.

Essen, 10. Dezember. (Eigener Bericht.)

Auf einer RGO-Konferenz in Essen, an der ungefähr 270 Funktionäre teilnahmen, darunter etwa 80 Bergarbeiter, sprach der kommunistische Agitator Saarkow über den vorzubereitenden Bergarbeiterstreik. Der Streik müsse unter allen Umständen noch vor dem 1. Januar begonnen werden, weil um diese Zeit weitere Tarife abzulesen und die Streikfront gestärkt werden müsse. Allerdings beständen erst bei 12 von 30 Schachtanlagen im Unterbezirk Essen „Kampfausschüsse“. Die örtlichen Parteileitungen müßten sich mehr um die Sache kümmern. Der zentrale Kampfausschuß werde bald einen Streikaufruf an alle Belegschaften erlassen. Dieser Aufruf müsse in allen Schachtanlagen angelesen und von den Erwerbslosenstaffeln bewacht werden. Wenn sich die Gewerkschaften gegen den Streik wenden sollten, so werde nach Berliner Beispiel ein Roter Bergarbeiter-Verband gegründet werden. Dazu müsse die RGO-Gruppe besonders werden; denn der jetzige Stand von 5000 Mitgliedern sei zu gering.

Ohne Lohnabbau wird nicht verhandelt.

Sächsischer Metallindustrie noch härter.

Die Lohnverhandlungen für die sächsische Metallindustrie, die dieser Tage in Dresden stattfanden, sind gescheitert. Die Unternehmer fordern 15 Proz. Lohnabbau. Sie machten den Verhandlungsbeginn sogar von der ausdrücklichen Anerkennung der Notwendigkeit der Lohnföpfung durch die Metallarbeitervertreter abhängig. Daß die Arbeitervertreter das ablehnten, versteht sich von selbst. Die Unternehmer wollen nun den Schlichter anrufen.

Reichsbahn macht größte Schwierigkeiten.

Gegen Wiederherstellung des Achtfünftentages.

Die Schlichtungsverhandlungen zur Lösung des Arbeitskonflikts bei der Reichsbahn, die am Mittwoch im Reichsarbeitsministerium begannen, gestalten sich sehr schwierig. Der Schlichter hat zunächst den ganzen Tag mit den Parteien über Einzelheiten der Streitpunkte verhandelt. Die Verhandlungen sind dann auf Donnerstag, 10 Uhr, vertagt worden. Es ist nicht damit zu rechnen, daß es am Donnerstag bereits zur Bildung einer Schlichterkammer kommt.

Die Steuerföphen für neue Steuern.

Auf was ein Unternehmerindus verfällt.

Die „Berliner Börsenzeitung“, die mit der „DZ.“ wohl das potenteste Unternehmerrgane Berlins ist, veröffentlicht einen langen Artikel, in dem sie dem Reichsfinanzminister gute Ratschläge gibt, wie er eine neue Steuerquelle erschließen könnte, die ihm die immerhin ganz nette Summe von 50 bis 60 Mill. M. jährlich einbringen könnte. Wie man aus diesem Steueraufkommen schon eraten kann, muß es sich um ein ganz großes Objekt handeln, also etwa die Bezüge der Direktoren und Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften.

Man beruhige sich; das Blatt macht solche Scherze nicht. Es leistet sich vielmehr den Scherz, der allerdings auf nahezu zwei Spalten ausgewälzt wird, eine Besteuerung der Gewerkschaften vorzuschlagen. Die Gewerkschaften, sagt das Blatt, und damit meint es natürlich nur die freien Gewerkschaften, hätten eine Jahreseinnahme von 250 Mill. M. Zwar seien Berufsverbände steuerfrei, aber die freien Gewerkschaften seien ja eigentlich keine Berufsverbände, da sie sich auch in die Politik einmischten. Sie hätten sogar ganz bestimmte politische Gesichtspunkte, was man selbstverständlich weder vom Reichsverband der deutschen Industrie noch von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, noch von anderen Berufsverbänden behaupten könne.

Weiter sagt das Unternehmerrgane, daß die Gewerkschaftsbeiträge bei der Veranlagung zur Lohnsteuer nicht in Rechnung gestellt würden. Das mag bei den Unternehmern so üblich sein, wenn sie ihr eigenes Einkommen der Steuerbehörde angeben. Bei den Arbeitern und Angestellten wird ohne weiteres die Steuer nach Abzug der Invaliden- und Krankenkassenbeiträge vom Lohn einbehalten, ganz gleich, ob es sich um organisierte oder unorganisierte handelt. Die Arbeiter haben es eben nicht so gut wie die Unternehmer und die Direktoren.

Run sagt das Blatt, daß die Gewerkschaften ja eine eigene Bank hätten, woraus sie sogar erheblichen Gewinn bezögen. Natürlich ist dem Blatt nicht unbekannt, daß die Arbeiterbank der Steuerpflicht unterliegt. Wir wünschten nur, alle anderen Banken und Privatunternehmungen würden es mit ihrer Steuerpflicht ebenso genau nehmen wie die Arbeiterbank.

Im Unternehmerrgane hat man sich ziemlich mit dem utopischen Gedanken getragen, die Gewerkschaften durch Ausperrungen finanziell zu ruinieren. Das ist ihnen nicht gelungen. Ein findiger Kopf unter den Syndikati ist nun auf die Idee verfallen, den Reichsfinanzminister zu Hilfe zu rufen. An das Geleg brauchte sich ja der Reichsfinanzminister nicht zu kehren. Wenn die Gewerkschaften mit der Wegsteuerung der Beiträge nicht zufrieden seien,



Bald kommt der Weihnachtsmann!

Da darf ein schöner Kuchen und knuspriges Weihnachtsgebäck nicht fehlen. Am besten gelingt alles mit **Dr. Oetker's Backpulver** nach

Dr. Oetker-Rezepten. Nicht vergessen: Dr. Oetker's Vanillinzucker!

Wichtig:

Dr. Oetker's Puddingpulver ist billiger geworden!

Es kostet statt bisher 10 Pfg. jetzt nur noch - 8 Pfg.

* Eine neue Sammlung Dr. Oetker-Rezepte „Backen macht Freude“ 96 Salzen Text und 12 farb. Bildtafeln. Preis 20 Pfennig. Falls bei Ihrem Händler nicht zu haben, gegen Einsendung in Marken von **Dr. August Oetker, Blefeld.**

Im Berliner Hausefrauen-Verein kommt zur Dr. Oetker's Backpulver „Beilage“ zur Verwendung.

dann könnten sie an den Reichsfinanzhof appellieren, der sie schon ablaufen lassen würde.

Wir hoffen, daß der findige Kopf der „Börsezeitung“ seine Idee beim Patentamt bereits angemeldet hat.

Betriebsratwahl bei Hermann Tiegh.

Freie Gewerkschaften behaupten starke Mehrheit.

Am Dienstag wurde in sämtlichen acht Warenhäusern der Firma Hermann Tiegh der Betriebsrat gewählt. Die sogenannte RGO hatte, unter Ausnutzung des drohenden Lohn- und Gehaltsabbaus, alle Minen springen lassen, um die freien Gewerkschaften aus dem Sattel zu heben. Das ist ihr aber nicht gelungen. Wohl hatte die RGO bei den Arbeitern, wo sie zum erstenmal mit einer Sonderliste auftrat, den zu erwartenden Reklamierfolg. Aber auch hier muß sie sich mit einer Minderheit begnügen. Bei den Angestellten, wo die RGO schon bei den letzten Wahlen sich abgefordert hatte, war das Ergebnis wesentlich bescheidener.

Von rund 8000 Angestellten beteiligten sich nur 4991 Angestellte an der Wahl. Der Zentralverband der Angestellten erhielt von 22 Mandaten 13 und 2788 Stimmen (bei der letzten Wahl 13 Mandate und 2380 Stimmen), der Gewerkschaftsbund der Angestellten 3 (3) Mandate und 635 (586) Stimmen, die leitenden Angestellten 1 (2) Mandate und 397 (451) Stimmen, die RGO 5 (4) Mandate und 1095 (864) Stimmen. 74 Stimmen waren ungenügend. Die leitenden Angestellten verloren also 54, der GdA, gewann 49, die RGO, 231, der ZdA, aber gewann 408 Stimmen.

Von den Arbeitern beteiligten sich an der Wahl etwa 90 Proz. der Wahlberechtigten. Für die freigewerkschaftliche Arbeiterliste wurden 756 Stimmen abgegeben und für die Liste der RGO, 511 Stimmen. Der Arbeiterrat setzt sich demnach aus sieben freigewerkschaftlichen und fünf RGO-Seuten zusammen.

Beschlüsse des IOB.

Amsterdam, 10. Dezember (Eigenbericht).

Die Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes am Mittwoch wählte den von der tschechoslowakischen Landeszentrale vorgeschlagenen Georg Stolz zum Untersekretär. Der im Jahre 1898 geborene Untersekretär gehörte zeitweilig dem tschechischen Ernährungsministerium an und war seit 1927 literarischer Mitarbeiter des tschechoslowakischen Gewerkschaftsbundes. Der bisherige Generalsekretär Sassenbach erklärte sich bereit, bis Ende Januar in seiner Funktion zu bleiben.

Beschlossen wurde ferner nach der Befestigung des Vorentwurfs einer Bergbaukonvention durch das Internationale Arbeitsamt eine gemeinschaftliche Sitzung des Vorstandes des IOB und der Exekutive der Bergarbeiter-Internationale abzuhalten. Die gemeinsame Kommission der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des IOB zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird vom 21. bis 22. Januar in Zürich tagen. Im Anschluß daran findet am 23. und 24. Januar in Zürich die nächste Vorstandssitzung des IOB statt.

Arbeitslose und Arbeitsamt.

Was der Arbeitslose wissen und tun muß.

Der Leiter des Arbeitsamts Berlin-Nord, Karl Buchlig, behandelte vor dem Berliner Rundfunk der das leider nur zu aktuelle Thema „Was muß ich tun, wenn ich arbeitslos werde?“ Der Vortragende gab sachliche Mitteilungen, um arbeitslos Gewordenen unnötige Wege zu ersparen und für den Bezug von Unterstützung jede Verzögerung zu vermeiden. Er betonte als wesentlichste Punkte:

Für Facharbeiter ist das Arbeitsamt Berlin-Mitte zuständig, für alle anderen das Arbeitsamt des Wohnbezirkes. Als unerlässlich notwendige Ausweise sind vorzulegen: Invalidentarife, polizeiliche Anmeldung und Arbeitsausweise, aus denen die Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung während der letzten zwei oder drei Jahre und der letzte Arbeitstermin zu ersehen sind.

Die regelmäßige vorgeschriebene Meldung im Arbeitsamt darf vom Arbeitslosen nicht veräumt werden, denn wenn ein Kontrollstempel auf seiner Ausweisarte fehlt, so wird seine Unterstützung entsprechend gekürzt. Wer ihm angebotene angemessene Arbeit nicht annimmt, dem wird die Unterstützung auf sechs

Diatscheks Feldzugsplan.

Der „Märtyrer“ auf dem Kriegspfad.

Die mitteldeutschen Braunkohlenindustriellen besitzen den Ehrgeiz, als die reaktionärsten Unternehmer angesehen zu werden. Sie haben allem Anschein nach auch Lust zu einer Machtprobe. Ihr Verband hat daher freikörperliche Richtlinien ausgearbeitet, nachdem er bereits vor einiger Zeit eine Streikentzückungsgesellschaft gegründet hat. Diese Richtlinien sehen im wesentlichen folgendes vor:

Errichtung einer Werkstreikabwehrstelle, die alle die Arbeitseinstellung betreffenden Fragen zu beantworten hat, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Betriebes, Arbeitslosen, Absperrung des Werksgeländes, Schutz und Unterbringung sowie Verpflegung der Arbeitswilligen, Sicherstellung des Fernsprechdienstes, Regelung der Unfallversicherungsfrege und Berichterstattung bei Beschäftigung Arbeitswilliger.

Befonders gründlich ist Vorfrage getroffen, um der Unternehmerpresse reichlich Heymaterial gegen die Gewerkschaften zu liefern. So wird in den Richtlinien gefordert, daß bei drohenden Einzel- oder Gesamtreiks das Verhalten der „Streikführer“ (gemeint sind natürlich die Gewerkschaftsfunktionäre) protokolliert festzusetzen sei. Bekanntmachungen der Arbeiter sowie Flugblätter und Handzettel müßten unverzüglich den Unternehmerverbänden sowie den Splittterverbänden der Arbeitgeber zugesandt werden.

Gegen Arbeiter, die streiken oder passiven Widerstand leisten,

soll nach den Richtlinien mit fristloser Entlassung vorgegangen werden. Hierfür werden den Unterverbänden die entsprechenden Verhaltensmaßnahmen mitgeteilt. Auch Betriebsratsmitglieder sollen von fristloser Entlassung nicht verschont werden und ebenso wenig Schwerebeschädigte, sofern „Aufforderung zur Arbeitsniederlegung, Streik, Terror und Heyroden“ vorliegen. — So scharf die Streikstrategen im Falle eines Arbeitskonfliktes gegen die Arbeiterschaft, die um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpft, vorgehen, so rührend ist ihre Besorgnis für die Arbeitswilligen. Streikbrechern soll in weitestgehendem Maße die Fürsorge der Werkverletzung zuteil werden. Bei Gewalttätigkeiten gegen Arbeitswillige muß in jedem Falle Strafanzeige erstattet werden. Im Falle einer Beschäftigung von Arbeitswilligen durch Streikposten soll vom zuständigen Gericht eine einstweilige Verfügung erwirkt werden, um das Stellen von Streikposten der Streikleitung bei Geld- oder Haftstrafe zu unterlagen.

Die Arbeitsmöglichkeiten sollen den kämpfenden Arbeitern, wenn irgend möglich, gleich im ganzen deutschen Reich in allen Berufen unterbunden werden. Die Arbeiter der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie werden begreifen, was ihnen blüht, wenn sie nicht geschlossen bis auf den letzten Mann die Fäustel des Bergbauindustriearbeiterverbandes beziehen, von der aus allein sie den Scharfmachern im Unternehmerlager zu Leibe rücken können.

Wochen entzogen, im günstigsten Fall für die Dauer von drei Wochen, bei wiederholten Weigerungen aber sogar zwölf Wochen. Wenn jemand seine Arbeit ohne wichtigen Grund niederlegt oder sich ein Versehen zuschulden kommen ließ, das fristlose Entlassung nach sich zog, so hat er kein Anrecht auf Unterstützung.

Wichtig ist zu wissen, daß gegen die Entscheidungen des Arbeitsamtes Einspruch bei dem Spruchauschuss möglich ist, gegen Entscheidungen des Spruchauschusses unter Umständen ebenfalls eine Berufung bei der Spruchkammer. Der Einspruchstermin beträgt in jedem Fall zwei Wochen.

Die weiteren Ausführungen des Vortragenden erstreckten sich auf die Bestimmungen über Familienfürsorge und Krisenfürsorge. — Die wichtigsten Hinweise über das richtige Verhalten im Falle von Arbeitslosigkeit sollten vom Berliner Sender im Rahmen der „Mitteilungen des Arbeitsamtes“ von Zeit zu Zeit wiederholt werden. Manchem Arbeitslosen könnte dadurch Kummer und nutzlos ausgegebenes Fahrgehalt erspart werden.

Ohne Preisabbau kein Lohnabbau.

Kommunistische Rabulistik.

In einer überfüllten Mitgliederversammlung der Sektion V des Gesamtverbandes, umfassend die Arbeitnehmer der Reichs- und Staatsbetriebe, Theater, Kino und Varieté, im Bezirksverband Groß-Berlin, sprachen die Genossen Reihner, Mitglied des Reichstages, und Richter, über die Wirtschaftskrise und den drohenden Lohnabbau ohne gleichzeitigen Preisabbau.

Die Versammlung zeigte reges Interesse für die Ausführungen der Referenten, nur hatte leider der schwache „oppositionelle“ Teil der Versammlung die Redner überhaupt nicht verstanden. Die Diskussion verlief sehr angeregt und für den humoristischen Teil des Abends sorgten die beiden kommunistischen Diskussionsredner. Der russische Staatsangestellte der Handelsvertretung Jann kam ebenso wie seine Gefinnungstollegin Haase nur mit den bekannten „olien Kamellen“ wie Panzerkreuzer und „sozialdemokratische“ Regierung.

Als dann Jann das Flugblatt des Gesamtverbandes über den rigorosen Lohnabbau bei den kommunistischen Zeitungen auf das Rednerpult hinaufgereicht wurde, blieb ihm buchstäblich die Spude weg. Sein Schlusswort war dann, daß dieser Lohnabbau kein Lohnabbau sei, sondern eine „notwendige Maßnahme der RGO zur Rationalisierung ihrer Betriebe“. Also derselbe Schwindel, den Arbeitgeberverbände zur Begründung ihres Lohnabbaus täglich vordringen.

Die Versammlung sagte zum Schluß einstimmig eine Ent-

schließung, die sich scharf gegen den Lohnabbau wendet und die verteuerte Wirkung der neuen steuerlichen Maßnahme hervorhebt, die Herabsetzung der Arbeitszeit, die Befestigung der Kreditbemittlungen für Gemeinnden, die Bekämpfung der Kartellbindungen und eine wirkliche Preislenkung forderte.

Der Schiedsspruch für die rheinisch-westfälischen Straßenbahner, der eine Lohnkürzung von 6 Proz. ab Januar vorseht, wurde von den Gewerkschaften abgelehnt und von den Arbeitgebern angenommen; diese haben Verbindlichkeitsklärung beantragt.

Steinfeyer und Berufsgenossen! Durch Beschluß der Schlichtungskommission ist ab Donnerstag, den 11. Dezember 1930, bis auf weiteres die Arbeitszeit auf 7 Stunden täglich festgesetzt. Der Obmann der Schlichtungskommission.

Verband der Maler, Radierer usw. Morgen, Freitag, 19½ Uhr, Gewerkschaftshaus, Saal 4, Mitgliederversammlung. 1. Finanzbericht über Arbeitsbeschaffung im Malerwerke. 2. Rechnung, Eigenschaften und Verwendung der Lithophane. 3. Kulturleben: „Reise nach Süd“, 4. Traktat: „Eine Trübsal“, Gesamtdauer etwa 80 Minuten. Zu dieser Versammlung sind auch die Frauen der Kollegen mit eingeladen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Donnerstag, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: Kassen- Jugendheim Grünauer Str. 8, Feldherrnplatz, 2. Abend: „Müde Räder“. — Schönhauser Kanal Jugendheim, 18. Thomas-Münster-Wend. — Gesundbrunnen Jugendheim, Folt Schulz, Götterburger Str. 2, Kilmahob. — Schöneberg Gruppenheim Reichender Str. 66 (Reuterhofhaus), Vortrag: „Gewerkschaften im Ausland — Frankreich“. — Tempelhofer Gruppenheim, Lützow-Platz, 4-6, Eingang Oststraße, Vortrag: „Aufgaben und Ziele der freien Gewerkschaften“. — Weiß: Jugendheim Lehmann Str. 19-20, Vortrag: „Internationale aus England“. — Neukölln: Jugendheim Guter Platz, 44, Vortrag: „Gewerkschaften“. — Prenzlauer Berg: Jugendheim Gutfreudstr. 44, Vortrag: „Die Gewerkschaften in Amerika“. — Danksberger Platz Jugendheim Diskussionsklub, 5. Berlin wie es war und ist“. — Jugendgruppe des Gesamtverbandes Jugendheim Engelauer 24-25, Berliner Platz. — Jugendgruppe des Deutschen Metallgewerkschaftsverbandes Jugendheim Schönhauser Str. 17-18, Brechtelstraße.

Jugendgruppe des Vertrauensverbandes der Anarbeitenden

Heute, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Gantow-Werkschichtarbeiter Jugendheim, Folt Schulz, 14 (14.000 Stühle), Vortrag: „Arbeitsbeschaffung“. Referent: Wilhelm Ewald. — Otten: Jugendheim der Schule Blauer Str. 18, Sonntag Abend. — Kreuzberg: Jugendheim der Schule Wilmersb. 33 (Angene von der Grottestraße in Kreuzberg) Dienstag unter Leitung von Albert Kasse. — Ferien für den Ostpreußen-Beinsabend am Freitag, den 18. Dezember, zum Preise von 40 Pf., aus dem Jugendkassenbeitrag und in den Jugendgruppen erhältlich. — Ferien für die Jugendbeschäftigten der Volkshilfe am 1. Januar zum Preise von 80 Pf., aus dem Jugendkassenbeitrag zu haben.

Plaza-Preisauschreiben. Preisrichter vom 9. Dezember 1930 sind: Clara Falk, Postenloferstr. 27; Russ Sabou, Franzfurter Allee 133; W. Reiser, Grotte, Thiergartenstr. 21; Elsa Vogl, Verulter Str. 14.

WAS SAGTE SCHON DER ALTE HOMER VOR 2800 JAHREN UND WAS WÜRDE ER HEUTE SAGEN?

„Wein erfrischt des Menschen Herz,“ sagte er damals, als der Tabakgenuß noch unbekannt war. Heute, im Zeitalter der nervenaufreibenden Technik, würde er fortfahren: „Und Tabak beruhigt seine Nerven.“ Wir empfehlen Ihnen deshalb unsere guten Zigaretten, die nur besten, ausgereifen und würzigen Tabak enthalten.



MAKEDON SOZIAL PERFECT

ZIGARETTENFABRIK MAKEDON G.M.B.H. MAINZ KONZERNFREI
Fabrikniederlage: Makedon G.m.b.H., Berlin NW 6, Luisenstr. 30 Tel. D2, Weidondamm 3354

So urteilt das englischsprechende Ausland

über

Im Westen nichts Neues

Lloyd George-England

in der »London News Chronicle«

»..... Es ist ein vollendet herrlicher Film. Er ist der hervorragendste Kriegsfilm, den ich je gesehen habe. Er gibt uns eine Lehre; denn Derartiges haben wir genug erlebt, aber nie etwas Erschütternderes gesehen ...«

Lord Strathspey, Neuseeland

in einem Londoner Interview:

Die Bevölkerung Englands hat mit Staunen von dem Verbot des Films **»Im Westen nichts Neues«** in Neuseeland gehört. Der Film hatte hier eine hervorragende Aufnahme und läuft auch heute noch als ein grosses Ereignis weiter. Er ist allgemein als der grösste Film anerkannt, welcher der Jugend einen Begriff von den Schrecken der Kriegszeit gibt. Mein eigener Sohn, der 18 Jahre und meine Tochter, welche 23 Jahre ist, haben ihn beide gesehen und waren ungeheuer gerührt. Jeder junge Mensch, der in künftiger Zeit in den Krieg, oder in seine Leiden mit eingeschlossen werden könnte, sollte sich diesen Film ansehen. / Ich hoffe, dass es für die Behörden von Neuseeland noch nicht zu spät ist, Ihre Entscheidung einer nochmaligen Betrachtung zu unterziehen und ein Verbot aufzuheben, welches ich für einen grossen Irrtum halte.

„New York Times“

... Man folgt dem Film, als ob man in den Seiten eines Friedenswerkes blättert ...

„New York Daily News“

... So wunderbar, so kraftvoll, dass es zu einem herzgreifenderen Appell keiner Worte bedarf ...

„New York World“

... „Universal“ hat eine meisterhafte Darstellung dieses erschütternden Romans einer Jugend zustandegebracht, die dem Heldentod geweiht war ...

„Evening World“

... Einer der bedeutendsten Filme, die je über die Leinwand liefen. Bei realistischer Darstellung künstlerisch vollendet.

Sir James Parr

früherer Gouverneur von Neuseeland

»Nachdem ich **»Im Westen nichts Neues«** gesehen habe, bin ich der Ansicht, dass die Einstellung eines jeden zu diesem Film von den Motiven desselben abhängt. Ich war bis ins Tiefste ergriffen! Es ist zweifellos der realistischste aller Kriegsfilme. Vielleicht wird ihn mancher als zu realistisch bezeichnen, aber wenn er dem Zwecke dienen soll, den Kriegsgeist zu entmutigen und den Geist des Friedens zu ermuntern, dann kann es nichts Würdigeres und Besseres geben, als diesen Film, nichts, was belehrender sein könnte. Soviel ich weiss, ist es das Ziel des Filmes, den internationalen Friedensgeist zu fördern, und wenn das der Fall ist, dann ist **»Im Westen nichts Neues«** ein vortreffliches Mittel und in der Tat von höchstem Verdienst.«

„New York Herald Tribune“

... Ein überwältigender Film ... Die glänzende Ver- bildlichung des berühmtesten Buches des Jahrhunderts ...

„New York Sun“

... Er zwingt zum Nachdenken — und wer könnte sich des Nachdenkens enthalten?

„New York Telegram“

... Das Publikum ist erschüttert. Ein Kriegsfilm, gegen den alles Bisherige in seiner Wirkung verblasst ...

„New York American“

... Seine dramatische Wucht hält die Zuhörerschaft gefesselt ... Das unsterblichste Werk der internationalen Filmindustrie! Die sogenannte zivilisierte Welt wird sich zu diesem Urteil bekennen müssen! ...

DEUTSCHE UNIVERSAL-FILM A. G.